

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages —
Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Hans Marquardt, Magdeburg, Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Ernst & Carl Baum, Magdeburg, Druck von Franz Kellner, Magdeburg. Geschäftsstelle: Salzstraße 48, Fernsprecher 1567. Redaktion: Dr. Mühlstraße 8, Fernsprecher 1561.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Vortragslohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Preisband in Deutschland monatlich 1 Exemplar 1.70 Mk., 2 Exemplare 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.50 Mk. ertl. Beleggeld. Einzelne Nummern 6 Pf., Sonntag* und alle Nummern 10 Pf. — Intentiongebühren für die sechsgehaltene Beilage 15 Pf. Post-Bestellkarte Nr. 1889

Nr. 9.

Magdeburg, Sonnabend, den 11. Januar 1902.

13. Jahrgang.

Zuckerzoll und Gemeinwohl.

H. V. C. Die Zuckersteuer ergibt nach amtlichen Mitteilungen in den ersten acht Monaten des laufenden Etatsjahres 25 Millionen weniger Einnahmen als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Natürlich wird dies von agrarischer Seite wiederum dazu benutzt, den Verbrauch der künstlichen Süßstoffe als die Ursache des Rückganges des Zuckerverkaufs hinzustellen und mit erneuter Macht zu verlangen, daß der Süßstoffkonsum durch eine möglichst prohibitive Steuer eingeschränkt werde. Es ist nur merkwürdig, daß bis zum Inkrafttreten des Zuckerartikels trotz steigenden Verbrauchs künstlicher Süßstoffe auch der Zuckerverbrauch ständig gestiegen ist.

Von den Agrariern und Zuckerproduzenten wird dabei lautes Klagegeschrei darüber erhoben, daß die Zuckerpreise noch nie so niedrig gewesen seien wie heute; nur der deutsche Konsument merkt von diesen gesunkenen Zuckerpreisen nicht das geringste.

Anfang 1900 wurde die gangbarste Sorte — weißer gemahlener Zucker — in Schlesien mit 22,75 Mark pro 50 Kilogramm behandelt. Sie stieg dann infolge des mehr und mehr perfekt werdenden Kartells auf 25 Mark, und als dieses anfangs Oktober seine Tätigkeit begann, setzte es den Preis sofort auf 27 Mark fest, um ihn successive weiter bis auf 28,35 Mark zu erhöhen, auf welchem Standpunkt er sich vom März bis August 1901 hielt. Infolge der Zuckerbaiffe am Weltmarkt und der hohen Inlandspreise war aber trotz des enormen Schutzzolls — von ca. 10 Mark pro Centner über die Verbrauchsabgabe hinaus — die Einfuhr ausländischen Zuckers nach Westdeutschland möglich geworden. Das Kartell sah sich daher veranlaßt, im September den Preis auf 27 Mk. 47/2 Pf. zu erniedrigen, und mehresfache, zum Teil ganz unerwartete und den Zucker schwer schädigende willkürliche Erhöhungen und Ermäßigungen vorzunehmen; heute hält sich der Preis auf 27,35 W.

Für prima Würfelzucker wird jetzt außerdem 2 W. mehr pro Centner verlangt, so daß die Zuckerpreise für diese Sorten sich in Oberschlesien so hoch stellen, daß trotz des riesigen Eingangszolles österreichischer Würfelzucker dorthin gelangen kann, eine eigentümliche Illustration zu der Behauptung des der Zuckerindustrie so nahe stehenden Abgeordneten Dr. Paasche, daß der Zuckerzoll im Preise nicht zum Ausdruck käme!

Bei dem heutigen Rohzuckerpreis von Mark 7,35 freischlesischer Fabrik und den Raffinationskosten einschließlich des Aufwandes der Raffinerien von Mark 2,25 würde sich ein Zuckerpreis für Raffinade von Mark 9,60 ergeben und zuzüglich 10 Mark deutscher Konsumsteuer von 19,60 Mark. Diese 19 1/2 bis 20 Mark würden also ohne das Bestehen des Kartells heute für weißen gemahlten Zucker gezahlt werden, wofür indessen heute 27,35 Mark gezahlt werden müssen. Da der Inlandskonsum auf 15 Millionen Centner zu schätzen ist, so werden dem deutschen Volk ca. 115 Millionen abgenommen, wovon den Zuckerfabriken die eine Hälfte, den Raffinerien die andere Hälfte des Raubes zufällt.

Die Rübenbauer erhalten von dem Kartell 90 Pf. für den Centner Rüben und jetzt, nachdem sie allerdings im Jahre 1901 mit 92 bis 95 Pf. pro Centner abgeschlossen hatten, müssen sie sich mit 70 bis 80 Pf. begnügen. Namentlich gilt dies letztere von den kleineren rübenbauenden Grundbesitzern, die an den Zuckerfabriken nicht direkt beteiligt sind. Die größeren Rübenbauern, welche meist Anteile an den Fabriken besitzen, werden natürlich etwas besser behandelt. Immerhin sind auch sie, wie der Abg. Gottheim im Reichstag bereits erklärte, von den Raffinerien über den Löffel barbiert worden.

Von dem unsinnigen Schutz Zoll auf Zucker hat demnach die Landwirtschaft gar keinen Nutzen, der Konsument den schwersten Schaden, und die Reichskasse einen unerhörten Ausfall; denn, abgesehen von der Verringerung des Konsums durch das Hochhalten der Preise, muß sie für den gesteigerten Export auch mehr Ausfuhrprämien zahlen, die allein für die in den ersten 11 Monaten des laufenden Jahres mehr ausgeführten 2 610 000 Centner Rohzucker 4,63 Millionen Mark ausmachen.

Wie lange wird das Reich eine derartige unglaubliche Schädigung seiner Finanzen sich gefallen lassen, wie lange wird es den Zuckerbaronen diese Ausbeutung der Konsumenten gestatten!

Freilich, im Zolltarif ist man bestrebt, diese Zustände zu verewigen; dort heißt es: „zu einer Aenderung des Zuckerzolls liegt ein Anlaß nicht vor.“

Die Einschränkung des Zuckerkonsums durch die Verteuerung ist aber ein warnendes Zeichen für die deutschen Viehzüchter und Milchproduzenten. Wenn man dem Volk

die Lebensmittel verteuert, so muß sich dies am Verbrauch gerade der wertvolleren unter ihnen rächen; dann wird der deutsche Bauer freilich hohe Viehzölle haben, aber der Verbrauch wird so rückgängig sein, daß er von denselben keinen Nutzen, sondern nur Schaden haben wird. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 10. Januar 1902.

Aus dem Reichstage.

Bg. Berlin, 9. Januar. Im Reichstage wurde heute der Etat weiterberaten. Das Charakteristische der heute gehaltenen Reden bestand darin, daß sie wirklich vorwiegend vom Etat und der Finanzlage handelten. Schon lange nicht haben finanztechnische Erörterungen in der Etatsberatung eine so große Rolle gespielt wie diesmal, noch seltener sind so wenig allgemeinpolitische Reden dabei gehalten worden. Nur Genosse Bebel, der noch zu Worte kommt, wird das Verfallene nachholen und die Debatte dann gewiß auf die gewohnte Höhe führen.

Nach den heute gehaltenen Reden hielt es kein Minister für notwendig, in die Debatte einzugreifen. Der Reichskanzler war zwar anwesend, blieb aber stumm, er hatte auch wirklich keinen Anlaß, das Wort zu nehmen. Einziger Herr Kraetke, der neu ernannte Staatssekretär des Reichspostwesens, der Nachfolger Pöbdielakts, fühlte sich veranlaßt, ein paar kurze Bemerkungen auf eine Anzuspinnung des Centrumsabgeordneten Wachem zu machen und die Ueberschreitungen im Postetat zu rechtfertigen. Herr Kraetke ist ein alter im Postwesen grau gewordener Bureaukrat, er vertritt die Schule, die in der Post ein reines Erwerbsinstitut und vor verbilligenden Reformen zurückbleibt. Die Erregung einer neuen auch nur vorübergehenden Reformen könnten.

Der erste Redner aus dem Hause war Herr Bachem. Er stellte die schlechte Finanzlage des Reichs ins rechte Licht, versuchte aber seine Partei reinzuwaschen von der Mitschuld, diese schlechte Lage mit herbeigeführt zu haben. Die Herren kennen in ihrem Bewilligungseifer für Heer und Marine keine Grenzen, dann aber wollen sie es nicht gewesen sein. Gegen die Wegnahme der Postinger Instrumente, wie gegen Herrn Chamberlain fand der Centrumsredner einige scharfe Worte.

Am bedeutungsvollsten waren die Ausführungen des Abg. Richter. Sie bildeten in der Hauptsache eine Abrechnung mit der Finanzwirtschaft im Reich und ihrem Leiter, dem Schatzsekretär Frhrn. v. Thielmann. Sehr amüsant sprach Richter auch über unsere oberfaule Kolonialpolitik. Mit den Aeußerungen des Reichskanzlers vom gestrigen Tage über die auswärtige Politik war er im ganzen einverstanden. Zum Schluß empfahl er die alte preussische Sparsamkeitspolitik auch dem Reich.

Für die Reichspartei sprach der Abg. v. Karborff, er sang ein Loblied auf den neuen Kurs des Grafen Bilkow, der im Zolltarif und in der Antipolenpolitik den markantesten Ausbruch gefunden hat und flehte die Regierung an, das Maß ihrer Güte voll zu machen und den Junkern noch ein neues Sozialistengesetz wie eine die Freizügigkeit einschränkende Gesetzesvorlage zu beschaffen. Auf der Linken wurden diese Herzensergüsse der schönen Seele mit gebührender Heiterkeit aufgenommen.

Nach einer recht belanglosen Rede des freisinnigen Abg. Schrader wurde die Sitzung vertagt. Morgen findet die Fortsetzung der Debatte statt. —

Aus dem preussischen Landtag.

H. Berlin, 9. Januar. Das Abgeordnetenhaus nahm am Donnerstag bei gut besetzten Bänken zunächst die Wahl des Präsidiums und der Schriftführer vor. Aufregungen waren bei diesem geschäftlichen Akt von vornherein nicht zu erwarten, und so wurde dem auch auf Vorschlag des einstigen Präsidenten, des Herrn v. Köller, das aus den Abgg. v. Kröcher, Frhrn. v. Heereman und Dr. Krause-Königsberg bestehende Präsidium der vorigen Session ohne Widerspruch durch Acclamation wiedergewählt. Auch die Schriftführer der letzten Tagung wurden von neuem in ihrem parlamentarischen Ehrenamt bestätigt.

Darauf wurde in üblicher Weise der provisorische Staatshaushalts-Etat mit einer längeren Rede des Finanzministers eingebracht. In diesem Exposé hatte durch lange Jahre hindurch Herr von Miquel seinen finanzpolitischen Liebhabereien einen weiten Spielraum geschaffen, heute debutierte Miquels gelehriger Schüler, Herr v. Rheinbaben, als Chef des Finanzministeriums vor dem preussischen Parlament. Es war keine besonders reizvolle Leistung, die der neue Finanzminister, dieser Typus eines strammen und gesinnungstüchtigen Bureaukratismus, darbot.

Schneidig, wie er als Polizeiminister war, kommandiert Herr von Rheinbaben jetzt die Zahlenparade der Statistiker, und nach Miquels, des Meisters, Wort und Takt regt und bewegt sich alles in ihm fort.

Herr v. Rheinbaben erkannte die Schwierigkeiten der finanziellen Situation an, glaubte aber, als lachender Erbe Miquelscher Theaurierungspolitik doch glücklicher in die Zukunft blicken zu dürfen, als am Mittwoch im Reichstage Herr v. Thielmann. Trübe Bilder gewähren die Einnahmen der Eisenbahnverwaltung. Aber für die verhätschelten Agrarier des Ostens wird auch diesmal Geld genug übrig sein. Die Rechte war darüber entzückt; als aber der Redner auch den armen Eifel- und Westerwald-Gegenden einige schlichterne Provinzdotationen in Aussicht stellte, da murrte der Chor der Ostelbier.

Am Montag werden zwei Polen-Interpellationen, eine nationalliberale und eine polnische, zur Verhandlung kommen.

B. Auch das Herrenhaus hielt am Donnerstag eine kurze Sitzung ab. Die drei aus der vorigen Session überkommenen Gesetzeswürfe, der Schutz des Moorhuhns, die Umlegung von Grundstücken in Frankfurt a. M. und eine Jagdordnung für die Hohenzollernschen Lande waren im Handumdrehen bewilligt.

Größere Schwierigkeiten machte eine Interpellation einer Anzahl ostpreussischer Agrarier, die von der Regierung verlangte, sie solle die nach dem Westen abgewanderten Arbeiterfamilien, die nun, wo die Krisis hereingebrochen ist, vom Hunger wieder nach der heimatischen Scholle und unter die heimatische Fuchtel zurückgetrieben werden, auf Staatskosten zurückbefördern.

Der preussische Eisenbahnminister will aber von einer Verbilligung der Tarife zu diesem Zwecke nichts wissen. Er nämlich die Konsequenzen: eine allgemeine Herabsetzung der Tarife für die Eisenbahnen und die Herabsetzung der Herabsetzung die geeigneten Geffle Ostelbiens noch rascher entvölkern werde, als es jetzt schon geschieht.

Dieser Grund schlug auch durch. Eine Anzahl gewichtiger Stimmen aus den Reihen des Grundadels ließen sich vernehmen, die auf die bedenkliche Seite der Wünsche der Interpellanten hinwiesen. Die aus dem Westen zurückkommenden Arbeiter, das war ein Hauptgrund, sind „sozialdemokratisch angesteckt“ und gefährden die Gesinnungstüchtigkeit der zurückgebliebenen alten Arbeiter.

Wenn die nächste Sitzung des Herrenhauses stattfinden wird, ist ungewiß. In ihr wird voraussichtlich über den vom Grafen Mirbach wiederum eingebrachten Antrag auf Herabsetzung des Fideikommissstempels verhandelt werden. —

Wissenschaft und Öffentlichkeit.

Aus Halle, den 9. Januar, schreibt uns unser g-Korrespondent:

Der preussische Verfassungsgrundsatz: „Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei“ wurde heute abends bei dem Beginn der „öffentlichen“ Vorträge des Professors Dr. Conrad über: „Die soziale Frage der Gegenwart“ recht treffend illustriert.

Seit Wochen wurde angekündigt, daß Herr Prof. Conrad im Auditorium des Univeritätsgebäudes Donnerstags von 8-9 Uhr abends acht öffentliche Vorträge für Herren und Damen über die verlockendsten Themen wie z. B. „Die Entwicklung der Arbeiterbewegung als Zeichen eines Kulturfortschrittes“ — „Die Lehren der Sozialdemokratie“ usw. halten werde; der Preis der Billets für den ganzen Cyklus ist auf 5 Mark festgesetzt.

Selbstverständlich hatten sich hierzu auch Vertreter unserer Parteiblätter eingefunden, um über die nun einmal als öffentlich ausgesprochenen Vorträge, die sich direkt mit unserer Partei beschäftigen sollen, Bericht zu erstatten. Man sollte meinen, den Vertretern der Wissenschaft könne es nur recht sein, wenn ihre Lehren dem arbeitenden Volke, überhaupt der Allgemeinheit zugänglich gemacht würden. Herr Professor Conrad bemerkte aber einleitend, daß die Vorträge allerdings als öffentlich ausgesprochen wären, jeder Bürger könne teilnehmen; aber er möchte dringend und nachdrücklich bitten, über den Inhalt der Vorträge keine Referate in den Zeitungen zu bringen. Er werde sich sonst nicht so frei aussprechen können wie er möchte; er werde heikle Fragen zu besprechen haben und der Regierung gegenüber harte Worte gebrauchen müssen, die leicht zu Mißverständnissen führen könnten.

Wir müssen es uns aus gewissen Gründen verheißeln, über den Inhalt der Vorträge zu berichten; bemerken aber, daß wir im ersten Vortrage jedes harte Wort gegen die Regierung vermieden. Bei dem Verlassen der Univerität rief der reaktionär gesinnte Stadtrat Putter den Vertretern der Presse zu: „Das war aber schön, daß er sich verbat über die Vorträge öffentlich zu berichten.“ —

Deutschland.

Berlin, 10. Januar. Die Zolltarif-Kommission des Reichstags beschloß nach mehrstündiger Beratung des Zolltarifs, das Tarifgesetz vor dem Reichstag zu beraten und am Montag, den 13. d. M., in die Beratung des Zolltarifgesetzes unter Ausschluß des Abg. § 1 (Minimaltarif für die vier Hauptgetreidearten) einzutreten.

— Eine gestern dem Reichstage zugegangene Eingabe des Handelsverbands fordert auch, zur Feststellung der Lage der Landwirtschaft eine parlamentarische Enquete im öffentlichen kontraktlichen Verfahren zu veranstalten.

— Die diesjährige Generalversammlung des Bundes der Landwirte findet am Montag, den 10. Februar, mittags 1/2 Uhr, in Berlin statt.

— Der „Nat.-Ztg.“ ist eine amtliche Mitteilung über die Einstellung des Verfahrens gegen sie wegen vorzeitiger Veröffentlichung von Aufzeichnungen im Krosigk-Prozess bisher nicht zugegangen.

— Im preussischen Abgeordnetenhaus brachten die Nationalliberalen im Anschluß an die Erklärungen der Chronrede bezüglich der energischen Polenpolitik eine im Scharfschäfer-Tone gehaltene Interpellation ein, die am 13. d. M. zur Verhandlung kommt. Das Centrum will über das Eisenbahngesetz bei Altkommissionen interpellieren.

— „Die Ausichten des Zolltarifs“ erörtert, um einem dringenden Bedürfnis abzuhelfen, die „Deutsche Tageszeitung“. Noch dazu an der Spitze des Blattes und in auffälligem Maß. Das Bündlerblatt sieht schwarz in die Zukunft. Es hat sich überzeugt, daß der Zolltarif auf dem gewöhnlichen parlamentarischen Wege nicht zu retten ist. Deshalb schlägt es ungewöhnliche vor. Zunächst müßten Tagesgelber gewährt werden, da die zollwucherische Majorität nur dadurch in Berlin zu halten ist. Zwar müßten noch drei Vorbedingungen erfüllt werden: 1. Der Entwurf muß eine Gestalt bekommen, daß eine ausreichende Mehrheit mit lebhaftem Interesse und voller Entschiedenheit dafür eintreten kann; für einen Entwurf, der zu wenig oder vielleicht weniger als nichts bietet, sich zu begeistern, kann von unseren Freunden nicht verlangt werden. 2. Die Mehrheit muß den Entschluß fassen, von allen Mitteln der Geschäftsordnung, wenn es sein muß, rücksichtslos Gebrauch zu machen und alle entgegenstehenden Bedenken, die immer und immer wieder hier und da auftauchen, zu überwinden vermögen. 3. Ob eine planmäßige Obstruktion ohne Aenderung der Geschäftsordnung zu überwinden sei, ist sehr fraglich.“ — Wie rührend! Erstens Tagesgelber, zweitens noch höhere Wucherzölle, drittens Vermehrung der zollwucherischen Minderheit durch Strangulierung der bisherigen Geschäftsordnung. Wie sich doch die Welt in einem Agrarierhirne ausmalt! Als ob es ein deutsches Volk gar nicht mehr gäbe, das tausend und hundertmal gewichtigere Interessen hat als „die“ von dem Zolltarif nichts wissen will. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat das einfachste Mittel vergessen: man löse den Reichstag auf!

Durch den Verlauf der gestrigen Beratung der Kommission über die geschäftliche Behandlung der Zolltarifvorlage sind übrigens, wie man in parlamentarischen Kreisen annimmt, die Ausichten auf eine schnellere Erledigung der Vorlage noch mehr verschlechtert worden. Die Majorität hat nicht nur die Anträge der beiden freisinnigen Parteien und der Sozialdemokraten, zuerst mit dem Tarif zu beginnen, sondern auch den Antrag, in eine Generaldebatte einzutreten, abgelehnt, obwohl von den Rednern der Minorität wiederholt betont worden war, daß im Falle der Ablehnung ihrer Anträge die generellen Punkte bei jeder einzelnen Position wieder vorgebracht werden würden.

— **Zu der Ausrüstung des Abg. Bingen**, im Ministerium sagen Leute, die meilenweite Strecken in Argentinien ihr Eigen nennen, und die ein großes Interesse daran haben, sich Deutschlands Kundenschaft zu erhalten, bemerkt die „Köln. Ztg.“: Die einzige Thatsache, welche dem Bingenischen Angriffe zu Grunde zu liegen scheint, ist in rheinischen Kreisen zur Genüge bekannt. Ein längst verstorbenen rheinischer Großindustrieller hat vor vielen Jahrzehnten in Argentinien eine umfassende Farm errichtet. Einer der Wierden und jetzige Mitbesitzer ist in der That ein in den letzten Jahren viel genannter Ministerialbeamter, der aber auch nicht das allgeringste mit dem Zolltarif und der Zolltarifvorlage zu thun habe.

Bremen, 9. Januar. Das hiesige Landgericht verurteilte den schwedischen Baron Helmuth von Wrangel wegen Zweifampfes mit dem hiesigen Kaufmann Gerdes zu fünf Monaten Festung. Gerdes, welcher Referent ist, erhielt in der kriegsgerichtlichen Verhandlung drei Monate Festung.

Jena, 9. Januar. Ueber das Duell in Jena, worüber wir mehrfach berichtet haben, ist dem Kaiser sofort Meldung erstattet worden. Wie die „Rhein.-Westf. Ztg.“ hört, hat auf Grund des Vortrages der Monarch persönlich angeordnet, daß ihm über die Einzelheiten der Affaire, den Gang der militärgerichtlichen Untersuchung usw. fortlaufend Bericht zu erstatten sei.

Italien.

Ein Streit der Hirten

ist in Grevina ausgebrochen. Die Hirten haben eine Legha di resistenza (Widerstandsvereinigung) gebildet und fordern eine Erhöhung ihres Lohnes. Die Besitzer verweigerten dieselbe, und so kam es zum Ausstand. Es kommen 200 Familien in Betracht.

Spanien.

Die Situation in Barcelona

ist, wie eine Original-Korrespondenz der „Revue Republique“ aus Madrid mitteilt, unverändert. Demnach haben die

Metallarbeiter ihren Streit noch nicht aufgegeben, sondern beschlossen, unter allen Umständen den Reunionsabend durchzusetzen. — In Madrid werden ebenfalls Unruhen erwartet; man befürchtet Unruhen infolge von Arbeiterentlassungen aus der Tabakmanufaktur. In den Straßen ist es zu Zusammenstößen zwischen Streikenden und Polizei gekommen.

Neue politische Nachrichten. Der „Times“ wird aus Brüssel gemeldet, daß die Internationale Konferenz am 20. Januar wieder zusammenzutreten werde. — Dem Korvettenkapitän Meißner wurde der ehrenvolle Abschied nicht bewilligt; er erhält vielmehr demnachst unter Ernennung zum Fregattenkapitän ein Landkommando. — Zur Begründung der Reichsmarineanstalt in Berlin überwiegen die Kaiser zahlreich historische Gegenstände von untergegangenen und erbeuteten Kriegsschiffen aus dem Kaiserlichen Marine-Museum. — Der Gründer und Herausgeber des „Deutschen Vaterlandes“, der ehemalige Reichstagsabgeordnete Sigl, ist gestern mittags gestorben. Die Eigenart des ebenso witzigen wie flinken Journalisten, der aus dem Kampf gegen die „Preussensucht“, aus der Ausflüchtelung partikularistischer Neigungen ein Gewerbe machte, ist erst neuerdings, als er einem unheilbaren geistigen Siechtum anheimfiel, genügend gekennzeichnet worden. — Die hinterlassenen Papiere Crispis sind gestern entsegelt worden gemäß einer testamentarischen Bestimmung des Verstorbenen. Ueber das, was aus den Dokumenten veröffentlicht werden soll, wird noch manche Kontroverse zwischen den Interessenten ausgefochten werden müssen.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 10. Januar 1902.

(Fortsetzung aus der Beilage.)

— **Achtung Steinfeher!** Von seiten der Unternehmer wird im neuen Jahre ein allgemeiner Lohnabzug geplant. Um diesen zu verhindern, ist zum Sonntag, den 12. Januar, eine Versammlung einberufen worden, zu welcher die Kollegen möglichst zahlreich erscheinen wollen. Der Schlag muß pariert werden.

— **Unfälle.** Dem Geschäftsreisenden G. Biesow wurde am Mittwoch auf dem Bahnhof in Budau beim Zuschlagen einer Coupeithür die linke Hand gequetscht. — Dem Eisenbahnarbeiter A. Jacobs wurde auf dem Unladeperron in Budau ein Oberschenkel gequetscht. Die Schuld hieran soll das kürzlich eingeführte Accordsystem tragen. Die Verletzten wurden nach der Sudenburger Krankenanstalt überführt.

Gemeinde-Zeitung.

Aus dem Stadtverordneten-Sitzungssaale.

Magdeburg, 9. Januar 1902.

Die Sitzung wird um 4 1/4 Uhr vom Vorsitzenden Herrn Fribe eröffnet und teilt vor Eintritt in die Tagesordnung eine Einladung des Vereins christlicher junger Männer zum Stiftungsfest mit. Auf der Tagesordnung stehen zunächst einige

Stabs-Überschreitungen.

Die Bewilligung von 270 Mark aus Abteilung II Titel IV 8 B des Schulden-Haushaltsplans für 1901 unter Überschreitung des Landeshaushaltsplans für 1901 unter Überschreitung des Landeshaushaltsplans für ein Klassenzimmer der Kunstgewerbeschule und die Überschreitung der für die Anlage eines Radfahrweges längs des Seilerweges auf dem Rothenhorn bewilligten 800 Mark um 46,42 Mark finden Annahme, ebenso die Überschreitung der Titel des Kammerhaushaltsplans für 1901 VII 4 G — für ordentliche und außerordentliche Straßensprengungen 16 135 Mark — um 9168,74 Mark, VII 5 B — Heizungskosten in den Gebäuden der Straßenreinigung 300 Mark — um 100,45 Mark.

Es folgen verschiedene

Mitteilungen.

unter denen wir die über die am 9. Dezember 1901 erfolgte außerordentliche Revision der städtischen Kassen hervorheben. Hierzu teilt der Referent Stadtb. Joerning mit, daß die Revision die Kassen und Bücher in Ordnung gefunden hat. Es folgen verschiedene

Stabs.

Im Namen des Haushalts-Ausschusses berichten über den Haushaltsplan des Kanalarbetriebes und der Pumpstation für 1902 die Stadtb. Schwarzloppf und Lüddecke, welche sich auf die Befürwortung des Stabs beschränken.

Der Etat wird angenommen.

Ueber den Haushaltsplan der städtischen Sparkasse für 1902 berichten als Referenten des Haushalts-Ausschusses die Stadtb. Goedede und Janke.

Stadtb. Wog (Soz.) rügt, daß die Sparkasse mit dem Rabatt-Sparverein in eine Geschäftsverbindung getreten ist, über deren Bedeutung die Stadtverordneten-Versammlung leider bisher noch nicht hinreichend informiert ist. „Der Rabatt-Sparverein ist eine Nebenbegründung des wirtschaftlichen Schutzvereins. Der Rabatt-Sparverein benutzt die Sparkasse, um den Rabatt auszugeben, welchen seine Mitglieder dem Publikum bewilligen. Der Rabatt-Sparverein soll die kleinen Geschäftsleute gegen die von Arbeitern begründeten und geleiteten Konsumvereine schützen. Nebenbei soll der Rabatt-Sparverein aber auch den Mittelstand vor der Konkurrenz der großen Geschäfte retten. Uns als Stadtverordnete geht das System der Rabatt-Sparvereine an sich so wenig an, wie etwa das der Konsumvereine. Wir müssen uns aber ganz entschieden dagegen verwahren, daß durch die Sparkasse, ein städtisches Institut, ein Teil der Bürgerschaft zum Nachteil anderer begünstigt wird (Zurufe); ja, meine Herren, zum Nachteil anderer! Ich weiß, daß z. B. Juden aus dem Rabatt-Sparverein ausgeschlossen werden. Ich erlaube mir daher die Frage, ob die Sparkasse bereit ist, auch anderen ähnlichen Vereinen eine ebensolche Begünstigung zu teil werden zu lassen, wie dem Rabatt-Sparverein. Ich muß mich entschieden gegen den Vorwurf verwahren, den mir neulich Herr Bürgermeister Fischer gemacht hat, daß ich zu der Sache aus politischen Gründen ein Interesse des angebl. sozialdemokratischen Konsumvereins Neustadt Stellung nehme. Der Rabatt-Sparverein ist durchaus nicht das Mittelstandsrettungsinstitut, für das er ausgegeben wird. Ein Teil der Geschäftsleute sucht bereits, von diesem Verein wieder loszukommen. Die Stadt sollte sehen, daß ihr durch die Geschäftsverbindung mit diesem Verein in der Bürgerschaft nichts übles nachgesagt wird.“

Bürgermeister Fischer: Ich weiß nicht, wogu die Rede des Vorredners hier gehalten worden ist. Vorläufig wissen Sie ja noch gar nicht, welche Vereinbarungen die Sparkasse mit dem Rabatt-Sparverein getroffen hat. Beschließen Sie — das möchte ich Ihnen raten — den Magistrat zu ersuchen. Ihnen die Gründe für das Abkommen vorzulegen. Das wird teils des Magistrats dann geschehen. Wir im Magistrat waren überzeugt, den Kleinbürgern unserer Stadt durch diese Maßnahme Vorteile gegen das Großkapital zu verschaffen. Politische Gründe haben zu der Gründung des Rabatt-Sparvereins nicht beigetragen. Daß Interessen von dem Eintritt zu diesem Verein zurückgewiesen werden, halte ich für ausgeschlossen. Sollten derartige Fälle vorkommen sein, so bitte ich, mir davon zu berichten. Dann werde ich die Sache untersuchen.“

Stadtb. Goedede schließt sich dem Bürgermeister an. Stadtb. Haupt (Soz.): Es ist fast unglücklich, daß uns das Material über die jarken Beziehungen der Sparkasse zu dem Rabatt-Sparverein noch immer nicht vorgelegt worden ist. Zeit genug war doch nachgerade vorhanden. Sie wollen das Kleingewerbe schützen; gut! Aber wo ist denn die Grenze zwischen Kleingewerbe und Großbetrieb? Alle Tage kommen mir Klagen von Leuten zu Ohren, die sich für Kleingewerbetreibende halten, aber vom Rabatt-Sparverein für Großkapitalisten gehalten und deshalb nicht zugelassen werden. Ein Herr, der als „Großgewerbetreibender“ eingeschätzt und deshalb nicht aufgenommen wurde, drohte mit Beschwerde bei Magistrat und Stadtverordneten; da bekam er sofort seinen Aufnahmechein und avancierte vom Großkaufmann zum rettungsbedürftigen kleinen Mann. Entweder darf kein solcher Verein oder es muß jeder unterstellt werden.

Bürgermeister Fischer: Der Vorredner hat mir den Vorkauf gemacht, ich hätte das Material immer noch nicht vorgelegt, obwohl doch Zeit genug dazu vorhanden war. Ich glaube, der Vorredner hat diesen Vorkauf nur gemacht, um Herrn Wog beizuspringen. Der Konsumverein Neustadt verkauft seine Waren zum Selbstkostenpreis und zahlt trotzdem 10 Prozent Dividende. Wie geht denn das zu? (Geisterkeit bei den Sozialdemokraten.) Wenn das Material noch nicht vorgelegt ist, so habe ich höchstens die geehrte Stadtverordneten-Versammlung um Entschuldigung zu bitten, aber nicht Herrn Haupt.

Stadtb. Janke bittet um Annahme des Etats und Vertagung der Diskussion über die Rabatt-Sparvereins-Angelegenheit, bis das diesbezügliche Material vom Magistrat vorgelegt sein wird.

Stadtb. Justizrat Stern: Ich bitte auch um Schluß der Diskussion, damit keine Neben zum Fenster hinaus gehalten werden.

Stadtb. Wog (Soz.): Ich bitte, den Antrag auf Schluß der Debatte abzulehnen. Wenn die Sache sich noch wochenlang hingiert, ohne daß wir dagegen Stellung nehmen, so kann großer Schaden angerichtet werden.

Stadtb. Haupt (Soz.) bittet auch um Ablehnung des Schlußantrages. Es sei eine Nachlässigkeit, daß der Sparkassen-Entwurf vorgelegt wurde, ohne daß über die fragliche Angelegenheit Auskunft erteilt worden sei.

Der Schlußantrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und eines kleinen Teils der bürgerlichen Stadtverordneten angenommen.

Stadtb. Wog (persönlich): Justizrat Stern hat gemeint, daß wir die Absicht haben, aus dem Fenster hinaus zu sprechen. Das dürfte in diesem Saale bei seiner merkwürdigen Bauart schon technisch unmöglich sein. Verwahren muß ich mich energisch dagegen, daß ich hier nur das Wort ergreife, um Agitation zu treiben.

Stadtb. Haupt (persönlich): Herr Bürgermeister Fischer hat erklärt, er habe nicht die Absicht, mich, sondern höchstens die Versammlung um Entschuldigung zu bitten. Ich habe mir nie eingebildet, hier irgend welche Vorrechte zu haben. Da ich aber zur geehrten Stadtverordneten-Versammlung gehöre, fällt ein Teil der Entschuldigung auch auf mich, was ich hiermit konstatiere.

Bürgermeister Fischer (persönlich): Die Entschuldigung ist nur die gesamte Stadtverordneten-Versammlung berechnigt, auf sich zu beziehen. Auf den Einzelnen fällt kein Stück davon ab.

Der Sparkassen-Stat wird darauf angenommen. Ueber den Haushaltsplan für die Handels-Anstalten mit Ausschluß des Hafens und der Lagerhäuser für 1902, und zwar: a) Haushaltsplan für den neuen Radhof, b) Haushaltsplan der verpachteten und vermieteten Handelsanstalten und Strecken, referiert im Auftrage des Haushalts-Ausschusses Stadtb. Gärne-mann, welcher die Annahme des Stats befürwortet.

Stadtb. Haupt (Soz.): In dem Stat befindet sich eine Position von 450 Mark zur Bezahlung der städtischen Steuerbeamten als Bezahlung für Aufseherdienste im Interesse des Radhofs. Ich bitte um Auskunft, zu welchem Zwecke dieses Geld bezahlt wird; hoffentlich nicht als Gratifikation oder Liebesgabe.

Stadtrat Klinghardt: Schon oft hat sich die Stadtverordneten-Versammlung mit der vom Vorredner angeschnittenen Frage befaßt, allerdings ehe der Herr Stadtverordnete Haupt Mitglied der Versammlung wurde. Eje wir den fraglichen Statsposten geschaffen hatten, ist es wiederholt vorgekommen, daß Waren auf dem Radhof lagerten, ohne daß die Stadt die Lagergebühren erhielt. Wir konnten dagegen nichts machen, weil uns die Kontrolle fehlte. Für uns diese Kontrolle zu übernehmen, hätte die Steuerverwaltung an sich keine Ursache. Königliche Beamte sind nicht dazu da, der Stadt Dienste zu thun. Würden wir dieser Aufsichtsdienste nicht bezahlen, so würde die Stadt einen Einnahme-Ausfall erleiden, der viel größer wäre, als 450 Mark.

Stadtb. Haupt: Wir ersuchen die Sache nach den Angaben des Herrn Stadtrat noch immer nicht hinreichend aufgeklärt. Sind wir denn auf das Wohlwollen der königlichen Beamten angewiesen? Ist es denn üblich, städtische Arbeiten nebenamtlich von Staatsbeamten ausführen zu lassen? Wenn uns Radhofgebühren nicht bezahlt werden, dann werden wir eben von den betreffenden Kaufleuten betrogen. Betrüger machen aber vor dem Staat auch keinen Halt. Inwiefern soll da die Kontrolle durch die Zollbeamten nützen? Ich bitte also um genauere Auskunft.

Stadtb. Raßbach: Thatsächlich werden die fraglichen 450 Mark nicht an die Beamten gezahlt, sondern an die staatliche Steuerverwaltung, welche sie den Beamten für die im Interesse der Stadt geleisteten Ueberstunden überweist. Wenn wir einen besonderen städtischen Beamten statt dessen anstellen würden, so müßte der den ganzen Tag dableiben, um die Eingänge und Ausgänge zu kontrollieren, ohne sonst genügende Beschäftigung zu haben.

Stadtb. Fribe: Die Neuerungen des Herrn Haupt haben ja etwas für sich. Wir sind aber im Radhof, obwohl dieser der Stadt gehört, nicht Herren im eigenen Hause. Wenn wir einen städtischen Kontrollbeamten anstellen würden, so würde uns dieser nichts nützen, weil derselbe keinen Einblick in die Einnahme und Ausgänge-Bücher bekommen würde, welche nur den Staatsbeamten zugänglich sind. Es handelt sich hier nicht nur um die Abwehr von Betrugern, sondern um Vertrauen. Die kaufmännischen Chefs kümmern sich gewöhnlich nicht darum, und die jungen Leute vergessen häufig, die Einnahme und Ausgänge zu buchen.

Stadtb. Haupt: Die Angaben des Herrn Raßbach sind einleuchtend. Im Stat steht aber nichts davon, daß das Geld der staatlichen Steuerverwaltung überwiesen wird; da heißt es: „zur Zahlung an Steuerbeamte“. Um die Sache klarzustellen, beantrage ich, an die Stelle der Worte „an Steuerbeamte“ die Worte „an die königliche Steuerverwaltung“ zu setzen.

Der Antrag Haupt wird einstimmig angenommen, ebenso die Stats.

Der wichtigste Punkt der Tagesordnung ist die Angelegenheit der

Altstädter Kirchengemeinden.

Bei der Fortsetzung der Beratung des Entwurfs des mit den Altstädter Kirchengemeinden abzuschließenden Vertrages wegen Abfindung derselben für die Grabstellengebühren stellen die Stadtverordneten Haupt (Soz.) Ode-mar und Genossen den Antrag auf Vertagung, bis die Entscheidung auf die vom Stadtb. Haupt bei dem Regierungspräsidenten eingelegter Beschwerde eingelaufen ist.

Stadtb. Haupt (Soz.): Bei der Abstimmung über § 1 haben Stadtverordnete mit abgestimmt, welche gleichzeitig Kirchengemeinden sind. Ich halte daher den Beschluß für rechtswidrig und zwar, weil auf Grund der Städteordnung kein Stadtverordneter an Verhandlungen über Rechte und Verpflichtungen der Gemeinde teilnehmen darf, dessen Interessen mit denen der Gemeinde im Widerspruch steht; weil außerdem durch Ortsstatut ausdrücklich

Deutscher Reichstag.

(113. Sitzung.)

Berlin, den 9. Januar 1902.

Am Bundesratsitz: Frhr. v. Tschilmann, Graf Posadowsky.
Die

erste Lesung des Etats

wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Bachem (Chr.):

Das Bild, das der Reichsschatzsekretär gestern gezeichnet hat, ist das trübste, das wir je gehabt haben. Noch 1899 schilderte er die Finanzlage als eine rosigte und erklärte sich gegen die Schaffung neuer Steuern (Sehr richtig! im Centrum), ebenso wie Herr von Tirpitz nach der letzten Flottenvorlage neue Ausgaben für die Flotte leugnete. Jetzt sind nun die großen Mindererinnahmen infolge der schlechten wirtschaftlichen Lage und die großen Mehrausgaben z. B. bei dem Chinaunternehmen gekommen. Die Einnahmen der Eisenbahnen sind zurückgegangen und unsere Verschuldung ist in einem Maße gestiegen, wie man es vor zehn Jahren noch für unmöglich gehalten hat. Meine politischen Freunde haben bei jeder Gelegenheit versucht, die Höhe der Ausgaben einzuschränken (Dho! rechts), leider haben wir bei den Nationalratsberatern nicht die genügende Unterstützung gefunden. Die Staatsschuld an der Steigerung liegt aber nicht bei der Mehrheitspartei (Dho! b. d. Sozialdemot.), sondern bei dem Bundesrat.

Von der Sozialdemokratie haben wir ja bis jetzt überhaupt nur Mörgelei über die Schatzexpedition gehört. Ich halte dies aber nicht für richtig, mit Ausnahme einer Erklärung, die besser unterblieben wäre, ich meine die Fortnahme der astronomischen Instrumente aus der Sternwarte in Peking. Die Kriegsverwaltung hat ja das Unberechtigte der Wegnahme schon zugegeben, indem sie diese Instrumente der chinesischen Regierung wieder zur Verfügung gestellt hat. Man hätte aber die Pflicht gehabt, die Kosten für den Rücktransport selbst zu übernehmen. — Entschieden müssen wir uns gegen die Ausföhrungen des Professors Laband wenden, der die Aufhebung der lex Frandenstein fordert. Herr Laband ist es gegangen wie so vielen anderen Professoren, die aus ihrer Gelehrtenstube hinaus ins öffentliche Leben treten, er beurteilt ohne genügende Kenntnis die Dinge vom grünen Tisch. Die gewünschte Reichsfinanzreform würde eine ganz falsche Richtung einschlagen, wenn sie mit einer Beseitigung der Clausula Frandenstein begänne.

(Reichszentralrat Graf Bülow tritt den Saal.)

Was nun die allgemeine Lage anlangt, so habe ich mich zunächst gefreut, daß gestern auch von Seiten der Regierung die bekannte Aeußerung des englischen Ministers Chamberlain eine Zurückweisung erfahren hat. Graf Bülow hat auch über den Dreibund gesprochen. Wenn auch der Dreibund die Versöhnung der nationalen Gegensätze der 60er und 70er Jahre darstellt, wie er ausführte, so wird doch dadurch die Wegnahme des patrimonium patri nicht berührt, dessen Wiederherstellung im Interesse aller Katholiken des Erbreichs liegt. (Bravo! im Centrum.)

Staatssekretär des Reichspostamts Kracke:

Die großen Etatsüberschreitungen der Post sind vor allem darauf zurückzuführen, daß die Einnahmen infolge der Verringerung der Zeitungs- und Fernsprechgebühren abgenommen haben.

Abg. Richter (Freis. Vp.):

Mit den gekrümmten Ausführungen des Reichszentralrats in der Sitzung des Reichstags haben wir uns durchaus einverstanden erklärt. In dieser Frage wird sich die Richtigkeit des Urteils des Grafen Caprivi erweisen, daß in nationalen Fragen alle Deutungen einzig sind. Damit, meine ich, wäre nun in der Sache genug gesagt. Wir haben Wichtigeres zu thun, als uns mit den rednerischen Entgegnungen dieses auswärtigen Ministers zu befassen. (Sehr richtig! links.)

Die heilsamen Bemerkungen des Abg. Grafen Stolberg über den Dreibund schienen dem Reichszentralrat eine willkommene Gelegenheit, sich hier auszusprechen. Ich stimme ganz dem bei, was der Reichszentralrat über die Bedeutung und Geschichte des Dreibundes gesagt hat. Nur der letzte Teil seiner Ausführungen war mir nicht ganz klar. Er sagte, der Dreibund sei keine absolute Notwendigkeit mehr. Das heißt etwa: der Dreibund ist ja ganz schön, aber wenn er nicht da ist, dann geht es auch so. Was haben diese Aeußerungen jetzt für einen Zweck? Vielleicht sind sie nicht an unsere Adresse, sondern an die Adresse der Dreibundregierungen und deren Volksvertretungen gerichtet, um die Erneuerung von Verträgen zu erleichtern. Der Herr Reichszentralrat meinte weiter, die Weltpolitik biete erhöhte Garantien für den Frieden. Dieser höheren Metaphysik ist mein beschränkter Unterthanenverstand

nicht gewachsen. (Sehr richtig! links.) Je größer die Reibungsfläche ist, um so leichter können Reibungen entstehen.

Der Schatzsekretär hat nicht recht, wenn er den ungünstigen Etat dieses Jahres auf die Depression der Erwerbsverhältnisse zurückführt. Er hat nur die Einnahmen des Reiches in den verschiedenen Jahren verglichen, nicht aber über die steigenden Ausgaben gesprochen. (Sehr gut! links.)

Es sind zwar einige Ermäßigungen in verschiedenen Tarifen der Post eingetreten. Was sind dies aber für Kleinigkeiten gegenüber dem Milliardenetat. Die Ausgaben für Heer und Marine haben sich eben fortgesetzt gesteigert und da die Einnahmen nicht im gleichen Maße wachsen, ist die ungünstige Finanzlage da. Die Ausgaben für Heer, Marine und Kolonien sind in den letzten 5 Jahren, abgesehen von den einmaligen Ausgaben, um 143 Millionen gestiegen. Wo hat denn der Reichstag auf neue Ausgaben gedrängt? Bei allen Militärauforderungen hat der Schatzsekretär die Finanzlage im rosigsten Licht gemalt. Er ist im Gegensatz zu Herrn v. Miquel, dem Schwarzfärber, ein Schönfärber. (Heiterkeit.) Als ihm nach dem Flottengesetz die neuen Steuern präsentiert wurden, sagte er, er wisse gar nicht, was er mit dem Gelde anfangen solle. Noch im vorigen Jahre war der Staatssekretär heiter und guter Dinge. (Heiterkeit.) Es sei ja ein Umsturz eingetreten, aber es sei doch mit Freunden zu begrüßen, wirklich mit Freunden zu begrüßen (große Heiterkeit), daß sich der Umsturz im Stillen vollzogen habe und nicht mit einem Krach wie im Jahre 1873.

Ich komme nun zum Militärstat. Da neue Formationen durch Gesetz ausgeschlossen sind, sucht man diese Bestimmungen zu umgehen. Das Präsenzverhältnis hätte man uns übersichtlich darstellen müssen, jetzt wissen wir gar nicht, ob mit den vorgenommenen Veränderungen ein Abschluß erzielt ist, oder nicht. Die Regierung möchte endlich von einer weiteren Präsenzverhöhung absehen. Der Schatzsekretär warnte davor, von den Bauten etwas abzufstreichen und wies dabei auf die Arbeitslosigkeit hin. Die Bauten müssen beschleunigt werden, für die die Gelder längst bewilligt sind. Bei den Bewilligungen für Festungsbauten mußte mindestens zwischen den Erfordernissen für den Bau und die artilleristische Besetzung unterschieden werden, dabei kommen auch die Interessen der betroffenen Städte in Frage. Im Marineetat werden 15 Millionen Mark mehr gefordert als im vorigen Jahre. Wird man nicht in diesem Jahre die ersten Raten der Schiffe, die nicht Erprobungsbauten sind, zurückstellen. Die Ersparnisse bei den Panzerplattenlieferungen hat die Regierung den parlamentarischen Verhandlungen gegenüber den einzelnen Firmen zu danken. Kautschou kostet 1 1/2 Millionen Mehraufschlag, bis jetzt im ganzen 47 Millionen. Es ist sehr zweifelhaft, ob uns aus den Bergwerks- und Eisenbahntätigkeiten von Schantung ein Äquivalent zuwächst. Auch die Dampferkonventionen für die Kolonien verlangen steigende Ausgaben. Für den Gouverneur von Kamerun verlangt man von uns zunächst nur ein bißchen Geld zu einem Dampfer. — Für die Usambarabahn hat im vorigen Jahre Abg. Dr. Vrendt Stimmung gemacht und erklärt, daß die Eisenbahn den Sumpf umgehe. Sie geht aber mitten durch den Sumpf. Der Endpunkt unserer bisherigen Eisenbahnverbindung, Korogwe, ist ein bekanntes Malavianest.

Der Schatzsekretär hat ermahnt, in den schlechten Zeiten doch von Verkehrlleichterungen abzusehen. Warum dann Verkehrlleichterungen für Afrika? Die nächste Fürsorge für die Reichsbeamten bleibt zurück hinter einer phantastischen Weltpolitik. Wie wollen wir unsere Millionen und Legionen aus China wieder herausholen? Die Besatzung jetzt beträgt jährlich 26 Millionen Mark, d. h. pro Kopf 5000 Mark. Hier ist wieder die Elle größer als der Arm. (links.) Für eine erneute Chinaexpedition werden sich Jahr für Jahr Freiwillige finden. Es ist wenigstens einmal eine Expedition für die Weltpolitik illusorischer Volkswirtschaft erzielt. Inzwischen erschwert die Weltpolitik unsere Beziehungen zu den Mächten. Und dabei kündigte der Schatzsekretär neue Steuern auf Bier und Tabak an! Diese Industriezweige sind doch keine Körper an denen man Experimente machen kann. Die Tabakindustrie ernährt Hunderttausende. Um 500 Millionen sind die Steuereinnahmen seit der Thronbesteigung 1888 gestiegen und die Reichsschuld hat sich vervierfacht. Und es wird nicht eher besser werden, bis wir nicht zu den alten preussischen Traditionen einer parlamentarischen Finanzwirtschaft zurückkehren. (Dho! Rufo und Lauch rechts. Lebhafter Beifall links.)

Abg. v. Kardorff (Rp.):

Die Ausgaben für Heer und Marine wird die Budget-Kommission scharf zu prüfen haben. Zu den Kolonien müssen wir, wenn sie sich rentieren sollen, vor allen gute Verkehrlwege schaffen. Das deutsche Volk hängt an seinen Kolonien. (Lachen links.) Bei der jetzigen Preisfrage ist es interessant, einen Vergleich mit dem Ausland anzustellen. Amerika hat einen kolossalen Aufschwung genommen, trotz eines scharfen Schuldsystems. Frankreich, dessen Zolltarif höher ist als der unsrige,

treibt Weltpolitik, sein Metallbestand ist doppelt so groß wie der unsrige. In der auswärtigen Politik haben wir das größte Vertrauen zu dem Reichszentralrat, auch muß ich anerkennen, daß der vorliegende Tarifentwurf der landwirtschaftlichen Notlage wenigstens einigermaßen gerecht wird. Anders steht es mit der Sozialpolitik. Wie habe ich begriffen, daß das Verbindungsverbot für Vereine aufgehoben wurde, und daß man eine Partei, die den allgemeinen Umsturz will, als gleichberechtigt anerkennt.

Herr Bebel sagte neulich bei der Beratung des Zolltarifs: „Wenn dieser Tarif Gesetz wird, dann kommt der Aufruhr.“ Er schien zu glauben, daß er mit solchen Aeußerungen an irgend welchen Stellen Eindruck machen könne. Ich hoffe, daß das ein Wahn ist. Wir stehen unsere gegenwärtigen Staatsmänner viel zu hoch, als daß ich glauben könnte, sie ließen sich durch solche Drohungen einschüchtern. — Für außerordentlich wichtig halte ich es, daß dem Abströmen der minderjährigen Jugend nach den großen Industriezentren gesteuert werde, selbst wenn man dabei dem heiligen Freizügigkeitsgesetz zu nahe treten sollte. (Hör, hört! links.) Die Bestimmung, wonach die Eltern verlangen können, daß der Lohn ihrer minderjährigen Kinder ihnen ins Haus geschickt werde, die heute leider nur auf dem Papier steht, muß energisch gehandhabt werden. Wenn Sie (nach links) dazu nicht die Hand bieten, so trifft Sie die Verantwortung für die Verwahrlosung unserer Jugend. (Bravo! rechts.)

Abg. Schröder (Freis. Vg.):

Die Exemplifikation des Herrn Vordredners auf Frankreich war nicht angebracht. Frankreich hat viel mehr seinen Grundbesitz als wir, wir streben nach dieser Richtung französische Zustände an. — Die Aeußerung des Herrn Chamberlain ist hier mit vollem Rechte zurückgewiesen worden. Auch ich glaube, Chamberlain führt England nicht glücklich. Deshalb müssen wir aber doch Wert auf gute Beziehungen zu England legen.

Herr Sidelum hat die industrielle Lage in den schwärzesten Farben gemalt. Unsere Industrie wäre aber sehr wohl in der Lage, die augenblickliche Depression zu überwinden, wenn nicht die Ungewißheit unserer handelspolitischen Zukunft dahinter stände. Neue Handelsverträge sind daher ein dringendes Bedürfnis. Werden diese nicht rechtzeitig abgeschlossen, so fürchte ich, daß die Hoffnung des Herrn Staatssekretärs, der nächste Etat werde besser ausfallen, sich nicht erfüllen wird. (Beifall links.)

Hierauf verlagte das Haus die Weiterberatung des Etats auf Freitag 1 Uhr.
Schluß 5 1/2 Uhr.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 10. Januar 1902.

Aus dem Hause der Frommen.

Beinahe wie sich Graf Bülow den Junkern, so hat sich das Magdeburger Bürgertum jetzt der Kirche verschrieben. Noch vor drei Jahren waren die Herren tapfer. Damals in Herr Spahn noch nicht Professor in Straßburg, Herr Sannoller hatte Herrn Althoff noch nicht als Typus der zeitlich erlaubten Geistesfreiheit geschildert und der Herr von Magdeburg hatte unter den Auspizien des „Herrn“ auch ziemlich modern — ich do! — die alten „Paupeien“ in offizieller religiöser Inbrunst ergehenden. — In den ersten Bürgermeistern von Halberstadt, Dr. Dehler den Mut, den Altstädter Kirchengemeinden ein Geschenk zu entziehen, auf das diese Körperschaften etwa ebenso begründete Ansprüche haben, wie etwa ein Sozialdemokrat auf die ewige Seligkeit.

Wenn die Altstädter Kirchengemeinden 70 Jahre lang von den Magdeburger Steuerzahlern beschenkt worden sind, so konnte das noch mit dem Befarrungsprinzip gerechtfertigt werden:

„Sei im Besitze und du wohnst im Recht
Und heilig wird's die Menge dir bewahren.“

Doch nachdem man einmal die Kraft gefunden hatte, den Kirchen den nie geschuldeten Obolus zu entziehen, ist es

Fenilleton.

Nachdruck verboten.

Das Vergessen?

Elfaß-Lothringen 1877—1900.

Roman von Th. Cahu und L. Forest.

Aus dem Französischen übersetzt von Suzanne Braeutigam-Romane.

(7. Fortsetzung.)

Michel Stockmann war ein reicher Bürger. Es besaß außer reichen Ländereien zwei Geschäftshäuser, das eine in Straßburg, wo er gewöhnlich wohnte, das andere in Metz. Er hatte einen Leinwand-Großhandel. Jedes Jahr verbrachte er einen Wintermonat in seiner Metzger Niederlage, zur Zeit der Inventur. In diesen Wochen bewohnte er eine kleine Wohnung, die er auf dem Saint-Jakobsplatz, von den Lothringern noch oft Musterliß-Platz genannt, gemietet hatte.

Quinsens Unfall hatte gerade während eines solchen Aufenthaltes stattgefunden.

Michel Stockmann stammte von einer altelsässischen Familie. Im ganzen Lande war er als eifriger Patriot bekannt, als unerbittlicher und unlenkbarer Deutschenhasser. Seine leidenschaftliche Anhänglichkeit an Frankreich, die Festigkeit, mit der er für seine Ueberzeugung eintrat, hatten ihm in Straßburg schon manche Unannehmlichkeiten von seiten der kaiserlichen Regierung zugezogen.

Gambetta hatte in Bezug auf Elfaß-Lothringen gesagt: „Wir wollen immer daran denken, niemals davon sprechen.“

Stockmann hatte bei Gelegenheit eines privaten Wohltätigkeits-Festes eine Rede gehalten. Der Schluß seines Vortrages war mit wildem Beifallsklatschen aufgenommen worden, hätte den Redner aber beinahe den schlimmsten Nachregeln ausgesetzt. Er hatte nämlich jenen berühmten Satz erläutert und ausgerufen: „Auf der anderen Seite der Grenze läßt sich diese Formel

gebrauchen, aber hier, auf dem von Thränen und Blut getränkten Boden unseres Elfaßes soll unser Wahlspruch also heißen: „Wir wollen immer daran denken und immer davon sprechen.“

Heute war Stockmann sehr ärgerlich. Der alte Doktor Merry hatte ihn über die Folgen des Unfalls seiner Tochter beruhigt. Der schmerzende Fuß wäre bald geheilt, und nichts als ein starker Schnupfen erinnere noch an das kalte Bad.

Nun verlangte die allereinfachste Höflichkeit, daß Stockmann zwei Dankbesuche mache. Den einen schuldete er dem Obersten der 33. Dragoner für all' die Pflege, die Luise zu teil geworden war, den anderen dem Lieutenant von Adlerskraft. Dem Odyrmute des letzteren kam vielleicht noch etwas mehr zu. — Ich was! Der Oberst und der Lieutenant waren Preußen, „Barbaren“. Schon bei dem Gedanken, ihnen die Hand zu reichen, sie hinfort auf der Straße zu grüßen, zitterte Stockmann vor Wut.

Er las die Zeitungen immer wieder und wurde immer aufgeregter. Seine Finger trommelten einen Marsch auf dem Tische. Stockmann sah wirklich ganz unglücklich aus.

„Sieh doch hier, Laura,“ jagte er zu seiner Frau, die gerade hereinkam, „was diese Blätter erzählen. Diese „Lothringer Zeitung“ ist wirklich ekelhaft. Alle Welt muß diese Geschichte erfahren, als wäre es eine Staatsangelegenheit; alle Welt wird auch erfahren, daß ich die „Barbaren“ begrüßt, daß ich mich bei ihnen bedankt habe, anstatt sie mit Fußtrittten zu traktieren, wie ich es alle Tage möchte, und wie sie es verdienen.“

„Beruhige Dich doch,“ antwortete seine Frau.

„Mich beruhigen! Du hast gut reden. Du hast es nicht nötig, vor dem Oberst und vor dem Adlerskraft Bauchgrutschen zu üben! ... Uebrigens,“ fügte er hinzu, wie um einen Teil seiner Verdrießlichkeit abzuschütteln, „warum solltest Du nicht mitkommen? Du bist die Mutter, Du bist ebenso wie ich Dank schuldig.“

„Gewiß,“ sagte Frau Stockmann, „ich finde sogar, daß der einfache Anstand erfordert, daß ich Dich begleite.“

„So!“ stotterte er, ganz verwirrt von dieser Zustimmung, auf die er keineswegs gerechnet hatte.

Eine Weile blieb er still, aber das aufbrausende Temperament dieses echten Unterelßers machte sich bald wieder geltend. Seine Mutanfälle waren manchmal wirklich kindlich. Sobald er ins Schreien kam, war es mit seiner Vernunft zu Ende.

„Wozu auch dies alles!“ fing er wieder mit erhobener Stimme an, „mit diesen Leuten habe ich nichts zu thun! Ich gehe nicht hin. So! Der „Lothringer Zeitung“ werde ich diese Freude nicht bereiten. ... Denn sie wird es bringen, dieses niederträchtige Blatt, ... wenn ich diese verdammten Dragoner besucht habe. ... Erstens, ich bin ihnen nichts schuldig. Gegen eine gute That kann ich tausend schlimme ansühren. Auf meiner Seite ist die Wagschale noch voll, ich bin noch ihr Gläubiger. Mein Straßburger Haus haben sie niedergebrannt. Sollte ich das vergessen, weil man meiner Tochter eine Wolldecke geliehen hat?“

„Du großes Kind,“ entgegnete Frau Stockmann. „Du wirst dem Obersten ruhig danken, wie es Deine Pflicht ist, und hinterher bist Du ein ebenso guter Franzose wie vor dem.“

„Und der andere, der Adlerskraft?“

„Ach! Den Lieutenant. — Du weißt, daß ich ebenso treupatriotisch denke wie Du, und daß ich sie ebenso wie Du hasse, — den Lieutenant muß man wenigstens zum Mittagessen einladen.“

„Sich zum Mittagessen einladen! ... Nein, das ist zu viel. ... Nein, und dreimal nein, antwortete Stockmann energisch.“

Er lief im Zimmer auf und ab wie ein wildes Tier in seinem Käfig.

„Ein Preuze an meinem Tische, niemals! Es mag komisch, lächerlich, dumm sein, eine so einfache Sache so aufzubauen, ich werde aber von meiner Ueberzeugung nicht abgehen. Mein Haß gegen diese Leute ist gerechtfertigt. Mein Haß hat tiefe Wurzeln. Meinen Haß kann ich

Schwer zu begreifen, welche frommen Einflüsse die Bestimmungen der maßgebenden Kreise unserer Stadt in 3 Jahren umgewandelt haben mögen. Schwachheit — dein Name ist Magistrat. Vor zwei Jahren bekam die Stadtverordnetenversammlung Berlins einen strengen Brief von dem einflussreichen Herrn von Mirbach, dem Oberhofmeister der Kaiserin, weil die Reichshauptstadt für das Seelenheil ihrer Bürger nicht genug Geld übrig hat und Herr Kaufmann wurde nicht bestätigt. Man will doch aber nicht in Magdeburg sterben, und wer strebsam und tüchtig ist, thut immer gut, nach Berlin zu ziehen.

Freilich, die Herren sind viel zu liberal, als daß sie offen dafür eintreten, die Kirche auf Kosten der Gesamtheit zu bereichern. Offiziell wurde gestern nur von den jetzigen juristischen Ansprüchen der Kirchengemeinden gesprochen. Naiv fragte Herr Stadtv. Lippert: „Ja, wenn die Dinge so einfach liegen, wenn die Kirche zweifellos keine Ansprüche hätte, glauben Sie denn, daß der Magistrat bereit wäre, jährlich 6000 Mark zu opfern?“

Ueber Motive wird nicht abgestimmt und wir denken von den juristischen Kenntnissen der meisten Mitglieder des Magistrats viel zu hoch, als daß wir meinen könnten, die Herren glaubten an diese drolligen „Rechte“ der Kirchengemeinden. Aber ein bißchen Christentum ist heute modern. Es ist unklug, sich heutzutage mit den „hohen Herren der Kirche“ anzulegen und wären es auch nur die Einflußlosen der evangelischen Kirche. Ohne ein bißchen Frömmigkeit kommt man nicht in den Himmel, also auch nicht an die Sterne — nicht einmal an die Ordenssterne.

Der wunderliche Vertrag wurde mit sehr großer Mehrheit angenommen; außer unseren Genossen fanden sich nur noch 4 Herren, welche nicht begriffen, daß nicht nur — wie das ja in Preußen vielfach üblich — Andersgläubige mit klingender Münze für die religiösen Bedürfnisse der Evangelischen zahlen, sondern auch noch die mit hohen Kirchensteuern belegten Evangelischen der ärmeren Stadtteile für die kirchlichen Ausgaben der reicheren, zum Teil von Kirchensteuer völlig freien Bezirke aufkommen sollen.

Die Anträge unserer Genossen, welche prinzipiell gegen den sogenannten „Vertrag“ — richtiger Schemen-Urkunde — stimmten, aber versuchten, die Vorlage wenigstens etwas zu Gunsten der Stadt zu verbessern, wurden fast ausnahmslos abgelehnt. — 6000 Mark pro Jahr sollen auf mindestens ein halbes Jahrhundert den kirchlichen Zwecken der offenbar ganz besonders des religiösen Trostes bedürftigen Altstadt geopfert werden.

Da unsere Genossen sich die Gelegenheit nicht nehmen ließen, auf die hohen Gebühren hinzuweisen, welche die Kirche von den Lebendigen und den Toten nimmt, beehrte Herr Stadtverordneter Jänisch die Versammlung, daß kein Mensch freiwillig auf Geld, das er bekommen könne, verzichte, — ganz gleich, ob er für das Geld etwas geleistet habe oder nicht. Daß dies die Ansicht des Herrn Jänisch ist, weiß die Öffentlichkeit schon lange; dieses Bekenntnis einer schönen Seele beweist immerhin eine unbesangene und gerechte Loyalität.

Ein T. ist es, daß es infolge der Beschwerde unseres T.ossen Haupt mit der Verwirklichung des Vertrages noch gute Weile hat. Die Herren hatten eine so große Mehrheit, daß die interessierten Kirchenglieder, welche das religiös-taktvolle Element in der Stadtverordneten-Versammlung bilden, auf die gefehlte Teilnahme an den Beratungen hätten verzichten können; aber wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit. Da war Herr Stadtv. Justizrat Stern klüger, der, obwohl Hauptkämpfer im Streit für die Magistratsvorlage, von vornherein vor der Beteiligung der Kirchenglieder an der Beratung gewarnt hatte. Im übrigen ist es psychologisch interessant, daß gerade ein Jurist, welcher den schönen Namen „Stern“ trägt, die Interessen der Kirche mit so viel Eifer und Geschäft zu vertreten versteht.

Keinen Tag, keine Stunde, unter keinen Umständen verleugnen, er ist in fürchtbaren Geschicknissen geboren, und nur die, welche nicht gelitten haben, welche nicht hassen können, werden meine Gefühle nicht verletzen, werden sie kleinlich finden. . . . Mebrigens siehst Du, Laura, Du darfst die Sachen auch nicht übertreiben. Was für eine große Heldenthat hat denn dieser berühmte Lieutenant vollbracht? Der „Courier de la Mojelle“ ist doch ein gut unterrichtetes Blatt. Er sieht die Dinge an, so wie sie sind, und er hat seinen Artikel auf die genauesten Thatsachen gestützt.“

Stoßmann griff nach der Zeitung, welche er triumphierend vor sich hielt, indem er weiter sprach:

„Kleiner Unfall beim Schlittschuhlaufen. . . . Natürlich war es ein kleiner, ein ganz kleiner Unfall, von dem man längst nicht mehr reden sollte. . . . Das Wort Unfall ist sogar noch viel zu hart! Also: das Eis ist gebrochen; Luise ist gefallen. . . . — und ich kann Dich versichern, daß das Wasser dort keinen Meter tief war. Ein Offizier hatte alles gesehen; er eilt herzu. Anstatt nun verständig vorzugehen, auf dem Rande des Eises zu bleiben und von da unserer Tochter einfach die Hand zu reichen, sagt sich dieser eingebildete „Barbar“, daß er hier ohne jegliche Gefahr den Soldaten spielen kann, daß in einem Wasserstand von einem halben Meter niemand unterkommt, und daß er sich auf billige Weise den Ruhm eines Lebensretters, den Verlust seiner Vorgesetzten und die Gurranten der Menge verschaffen kann. . . . Er springt in das Loch. Um die Geschichte ins Tragische zu spielen, bringt er Luise in seinen Armen herauf, prächtig wie in einem Melodrama. . . . Ja wiederhole es Dir noch einmal, man darf die Sache nicht übertreiben. Alles hat sich, so wie ich es Dir erzähle, zugezogen. . . . Wegen der Umstände hätte all dieser Offiziere allein konnte man einen Augenblick Ernstes befürchten. Waren die stoff. ihren Mut und ihre Geschicklichkeit zeigen zu können! So eine Art Witzfeilschützer, ein Semandant der Pioniere, gebärdete sich schon, als ginge es an die Mobilmachung. . . . Sätze Du nur gehört, wie er brüllte, mit welcher Stimme er Befehle

Wo aber so viel Kirchlichkeit gebelbt, da kann auch ein wenig Antisemitismus nicht fehlen. Daher nimmt es uns nicht wunder, daß im Kampf gegen die einseitige Begünstigung des Rabatt-Sparvereins durch die Sparkasse unsere Genossen allein blieben. Nur Herr Bürgermeister Fischer kennt den allerdings mittelbaren Zusammenhang dieses Vereins mit dem Antisemitismus nicht. Diese Rauberei setzt uns nicht in Erstaunen bei einem Herrn, der scharfsinnig die allerdings nicht zu bezweifelnde Entdeckung macht, die Konsumvereine könnten unmöglich ihre Waren genau zum Selbstkostenpreis verkaufen und doch Dividende verteilen. —

— Den Mitgliedern des Sozialdemokratischen Vereins, Bezirk Budau, zur Nachricht, daß in diesem Monat die Beiträge kassiert werden. —

— Eine öffentliche Fleischer-Versammlung findet am Sonntag, den 12. Januar 1902, nachmittags 5 Uhr im Müllerschen Lokal, Tischlerkrugstraße 32, statt. Referent ist Paul Hensel aus Berlin. Wir erwarten, daß die Fleischer-Gesellen vollständig erscheinen. —

— „Statt daß sie für 2 Mark arbeiten, stehen sie hier herum und belästigen das Publikum. Mit Stockprügel müßten sie an die Arbeit getrieben werden.“ — Diesen Monolog hielt am Donnerstag vormittag ein Herr, den besseren Ständen angehörig, auf dem Hinterperron eines Straßenbahnwagens, als er an einigen Gruppen Arbeitsschlepper auf dem Alten Markt vorüberfuhr. Als ein Mitschlepper den „feinen Herrn“ auf die Gefühlsroheit, die sich in den Worten kundgab, aufmerksam gemacht, konnte der gute Mann nicht umhin, die Parteinahme für diese Opfer des heutigen Wirtschaftssystems als „unverschämte“ zu bezeichnen.

Die Unkenntnis über die Erscheinungen in unserem Wirtschaftsleben ist ja typisch für die herrschende Klasse. Wir finden es daher begreiflich, daß gerade Leute, die nie in ihrem Leben eine praktische produktive Tätigkeit entfaltet haben, am meisten darüber schimpfen, wenn sie diejenigen, die nach ihrer Meinung lediglich zum Arbeiten geboren sind, feiern sehen. Mit derartigen Ignoranten, die übrigens in den verschiedensten Spezies im Bürgertum vorhanden sind, über die Ursachen der Arbeitslosigkeit zu streiten, halten wir für überflüssig. —

— Neuester aufregend war es am Donnerstagabend 6 1/4 Uhr für die Passanten des Breitenwegs zwischen Hauptpost und Prälatenstraße, als sie mit ansehen mußten, wie ein älterer Herr die im Gang befindliche elektrische Bestieigen wollte, hierbei vom Trittbrett aber abrutschte und dann ein ganze Strecke mitgeschleift wurde. Um diesem Unfug ein Ende zu bereiten, war es vielleicht angebracht, daß an den Perron kreuzweis genietete, dabei verschiebbare Thüren angebracht würden, wie sie in Nürnberg und anderen Städten eingeführt sind und welche ausdrücklich nur an den Haltestellen geöffnet werden. Vielleicht beschäftigt sich die alle Zeit für fortschrittliche Einrichtungen jeder Zeit eintretende Straßenbahndirektion mit diesem Vorschlage. —

— Arbeiterisiko. Am Donnerstagabend gegen 6 Uhr geriet der Maschinenarbeiter Johann Michael mit der linken Hand in eine Abrichtemaschine der Salosiefabrik von Behnroth in der Wilhelmstadt. Durch den Fehlgriß büßte M., dem schon ein Finger fehlt, noch drei weitere Fingerglieder ein. —

— Ueberfahren wurde am Freitag morgen 7 1/2 Uhr in der Jakobstraße in der Nähe des Rathauses, ein dem Arbeiterstande angehöriger Mann von einem Fleischwagen. Bei der Schnelligkeit, mit der der Fleischwagen in der Dunkelheit verschwand, ohne daß sich die Wagenführer um ihr an der Erde liegendes Opfer bekümmerten, konnte leider die Firma nicht festgestellt werden. Der Ueberfahrene wurde von zwei jungen Männern aufgerichtet und mit ihrer Unterstützung in seine Wohnung geleitet. —

erteilte. Man hätte glauben können, der Feind stehe vor den Mauern, oder der Kaiser wolle die Parade abnehmen! Gätte man mich doch ruhig machen lassen, ich hätte schon selber meine Tochter aus der Klemme gezogen. Nein, es mußte einen Heidenlärm geben, dreißig Dragoner mußten verordnet gemacht, der Schuppen des Ruderkubus mußte eingerannt werden. Neben dem „Monstre-Konzert“ mußte man eine „Monstre-Rettung“ ins Werk setzen. Die Lothringische Bevölkerung mußte einmal den richtigen Eindruck von dem Mut, der Tapferkeit, der Dienstfertigkeit der Deutschen bekommen. Kurz und gut, Verstellung ist das alles, und wir sind die Dummen, wenn wir dieser Geschichte den geringsten Wert beilegen. Es ist alles nur Berechnung von Seiten unserer Feinde. Uns will man am Narrenseile herumführen. „Blödsinnig brach das Eis, und Fräulein Stoßmann stürzte in das Wasser, welches glücklicherweise nicht tief war.“ Du hörst es, Laura, „nicht tief war.“ „Fräulein Stoßmann war mit Hilfe eines Zuschauers bald in Sicherheit gebracht.“ Da hast Du es! mit Hilfe eines Zuschauers bald in Sicherheit. . . ganz einfach, ganz leicht, ohne die geringste Gefahr. . . Und wegen einer so gewöhnlichen, so alltäglichen Sache sollte ich den Adlerskraf in meine Häuslichkeit einführen? . . . Wir wollen uns doch nicht an der Nase herumführen lassen. Diejem Lieutenant sind wir gewiß nichts schuldig. Ich werde meine Karte bei ihm abgeben. Daß ich mich so weit demütige, wird ihm wohl genügen. Er ist schon hinreichend belohnt durch die übertriebene Bewunderung der Zuschauer und durch die ziemlich unverdiente Gratulation seines Obersten.“

Stoßmann hatte sich während dieser ganzen langen Parade wie ein richtiger Kampfhahn gebärdet. Seine Frau unterbrach ihn nicht. Sie mußte aus Erfahrung, daß die Launen ihres Mannes durch Widerspruch nur noch gereizter werden konnten, und wartete still, bis er sich ausgekocht hatte. Sie legte sich an den Tisch und läutete dem Mädchen.

(Fortsetzung folgt.)

— Durchgegangen. Am Mittwochabend ging das dem Bierbrauereibesitzer Käthel gehörige Pferd in der Friedrichstraße mit dem Bierwagen durch. Das scheu gewordenen Tier raste in die Neuhaldenslebenerstraße hinein, wo der Wagen durch Umschlagen an einen Bordstein in Stücke ging. Ein glücklicher Zufall war's, daß der Durchgänger in dem um jene Zeit stark belebten Straßen kein weiteres Malheur angerichtet hat. —

— Ungefahren hat am Donnerstagabend 4 1/2 Uhr auf dem Breitenwege, in der Nähe von „Kortez Bierhalle“, ein Radfahrer eine Frau, wobei auch der umgeschickte Radler zu Fall kam. Die Schuld soll diesmal auf Seiten der Frau gelegen haben, welche das Glockensignal überhört hatte. Der Radler, welcher wie gewöhnlich mit seinem verbogenen Rade das Weite suchen wollte, wurde von einem Schutzmännchen notiert. Die umgefahrte Frau kam mit dem Schreck davon. —

Provinz und Umgegend.

Unseburg, 8. Januar. (Aus der besten der Welten.) Als die Cholera in Hamburg herrschte, wurde hier als Schutzmaßregel ein Haus außerhalb des Dorfes auf der Höhe gebaut und sehr einfach aus Fachwerk hergestellt. Das Häuslein besteht aus zwei Zimmern, für welche nur ein Ofen vorhanden ist. Damit das Zimmer nicht unbeheizt bleibt, haben in den neunziger Jahren einmal drei Familien darin Platz finden müssen; den Winter darauf haben ein alter Mann und ein hochschwangeres Mädchen dort ihr Obdach gehabt, mußten jedoch aus uns unbekanntem Gründen selbst diese traurige Zufluchtstätte wieder verlassen. Jetzt wohnt dort wieder ein Mädchen mit zwei unehelichen Kindern, zwei Knaben, von denen einer schon schulpflichtig, der andere erst zwei Jahre alt ist. Die Mutter der Kleinen befindet sich in großer Not, denn sie kann nicht einmal genug Brot für sich und ihre Kinder verdienen. Da die Unglückliche Semmel für einen Bäder austrägt und zuweilen keine 50 Pf. pro Tag damit verdient, muß die Bedauernswerte die Hilfe mitleidiger Leute anrufen. Im Sommer ist sogar das Bett der Armen verbrannt, weil die Kinder mit Streichhölzern gespielt und dem Bette damit zu nahe gekommen waren. Damals dachte man, die Kinder würden in eine Erziehungsanstalt gebracht werden; dann hätte die Mutter in Dienst gehen können; aber diese Hoffnung schlug fehl. Jetzt muß die Arme in der elenden Stütte frieren, denn das Zeug ist sehr durchlöchert, der Kalk selbst vielfach und der Wind pfeift in die Stuben. Dabei ist der Winter vorläufig milde; wenn einmal kalte Tage kommen, dann wird man sich nicht darüber zu wundern brauchen, wenn man eines Morgens die drei Menschen erfroren vorfindet. Warum hat man Weihnachten nicht an diese Unglücklichen gedacht. Als man Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“ sang, da hätte man sein Christentum dadurch bezeugen sollen, daß man wenigstens die armen Kinder von dem bittersten Elend befreite und einer geeigneten Anstalt überwies.

Während zu Weihnachten und Silvester reiche Leute in Säus und Braus schwelgten, mußten die drei Menschenkinder im Häuslein bei Unseburg hilflos und verlassen hungern und frieren und an der Menschheit verzweifeln. . . Und auf Christus berufen sich, die sich „Christen“ nennen, der da sagt: „Lasset die Kindlein zu mir kommen. . . .“ —

* Burg, 9. Januar. (Arbeitslosenzählung.) Am Sonntag, den 12. d. M., morgens 8 Uhr, beginnt die Arbeitslosenzählung und werden die Genossen dringend erjucht, sich zahlreich daran zu beteiligen; denn nur dann ist es uns möglich, ein richtiges Resultat herzustellen und wird die Arbeit den Einzelnen nicht so erschwert. Es ist Pflicht eines jeden, sich so gut wie möglich daran zu beteiligen. Ausgabe der Karten bei Karl Sesse, Holzstraße 2. Also alle Mann zur Stelle. —

E. M. Altenplathow, 8. Januar. (Mittelstandsvorgen.) Mit dem kürzlich gegründeten Konsumverein Altenplathow befaßt sich die hiesige Geschäftswelt außerordentlich lebhaft. Die verschiedenartigsten Gerüchte werden zu dem Zwecke kolportiert, den Konsumverein zu schädigen und die Leute von der Erwerbung der Mitgliedschaft abzuhalten. Es wird unter anderem behauptet, die Konsumvereine verkauften ihre Waren teurer als die Kaufleute und erzielten damit ihre Dividende, dieselben führten schlechtere Waren, die sie zu billigeren Preisen erstehen, schließlich verstieg man sich von einer Seite zu der Aeußerung, daß man nach der Eröffnung des Konsumlagers seine Waren zu halben Preisen verkaufen wollte, wenn man auch dann jährlich ein paar tausend Mark zusehen sollte. Für die Arbeiter wäre es sehr angenehm, wenn sie ihre Waren zu halben Preisen einkaufen können! Wir zweifeln aber sehr stark an solcher Opferwilligkeit; zum Vergnügen betreibt kein einziger Kaufmann sein Geschäft, die Herren wollen alle verdienen, sehr viel verdienen und weil sie nun fürchten, daß ihnen die Arbeitergroßen — und vier Fünftel der hiesigen Einwohnerschaft sind Arbeiter — infolge des neuen Unternehmens nicht mehr so zahlreich zufließen werden, wird dasselbe verunglückt und ihm baldiger Untergang prophezeit. Nun, wir können verraten, daß der neugegründete Konsumverein bereits gut fundiert ist. Die Geschäftsanteile der Mitglieder sind verhältnismäßig stark eingezahlt und das Wachstum des Vereins kann durch Geschwätz nicht aufgehalten werden. Das beweisen die täglich einkaufenden Neumitglieder neuer Mitglieder. Seit seiner Gründung am 22. Dezember sind kaum 14 Tage verstrichen; die Zahl der Mitglieder hat sich in dieser Zeit von 88 auf über 100 gehoben und dürfen wir darauf rechnen, bei der Eröffnung der Verkaufsstelle die doppelte Anzahl verzeichnen zu können. —

—ow— Stäsfurt, 9. Januar. (Eine Volkserfassung.) mit einer politischen Tagesordnung wird nach langer Zeit wieder einmal am Sonntag, den 12. Januar, abends 7 Uhr, stattfinden. Unser Parteigenosse, Reichstagsabgeordneter Zubeil aus Berlin wird über das sehr zeitgemäße Thema: „Arbeitslosigkeit, Posttarif, Brot

müher und Reichstag" sprechen. Wer einen Sitzplatz haben will, komme heizzeiten. —

— (Die Arbeiterorganisationen) haben die Pflicht, baldigst ihre Delegierten zur Bibliothekskommission zu wählen und die Adressen der Delegierten dem Vorsitzenden des Ausschusses oder dem Genossen Wisorowski mitzuteilen. —

— (Gestorben infolge eines Betriebsunfalls) ist der Rademeister Friedrich Schulze der hiesigen Eisenbahnstation, in Leopoldshall wohnhaft. Am Sonntagabend wurde er auf dem Rangierbahnhof von einem Rangierzuge, den er bei der herrschenden Dunkelheit und dem Sturm nicht bemerkte, erfasst und zwischen die Schienen geworfen. Der Maschinenführer hat ihn derartig verletzt, daß er am Dienstag verstorben ist. —

Halberstadt, 9. Januar. (Stadtverordneten-Sitzung.) In der Stadtverordneten-Sitzung vom letzten Dienstag wurden der langjährige Vorsitzende Geh. Sanitätsrat Dr. Finke, dessen Stellvertreter Rechtsanwalt Dr. Fromme und der Protokollführer Obersekretär Schönborn wiedergewählt. An Stelle des bisherigen Schriftführers, des Fabrikanten Gaih, der eine Wiederwahl aus geschäftlichen Rücksichten abgelehnt hatte, wurde Kaufmann Hünemörder gewählt. Hierauf sagte Dr. Dehler selbstverständlich, indem er die beiden neugewählten Stadträte Lederfabrikant P. Kühne (Antisemit) und Cigarrenfabrikant Kämpfert einführte. —

Thale, 8. Januar. (Eine Neujahrsgratulation) in Form eines Lohnabzuges wurde wiederum mal den Arbeitern des hiesigen Eisenschmelzwerks zur Jahreswende zu teil. Dieses Mal nicht im Emailwerk von dem wir früher in der „Volkszeitung“ berichteten. Da ist genügend vom Accord abgezogen. Hier wird jetzt gekündigt; so ist es in letzter Zeit vorgekommen, daß dort Leute des Morgens anstatt um 6 Uhr erst um 8 Uhr zur Arbeit kamen, da sie die Zeit verschlafen hatten. Selbige wurden auf 14 Tage nach Hause geschickt, einigen andern wurde sofort gekündigt. Auch war hier eine eigentümliche Einteilung beim Arbeiten zwischen den Feiertagen vorgenommen worden. Erst macht man Ueberstunden auf Ueberstunden und dann läßt man die meisten beinahe 14 Tage lang zu Hause sitzen. Die jüngeren Leute und hauptsächlich Mädchen läßt man arbeiten; die älteren mußten größtenteils pausieren. Ein äußerst komischer Anschlag wurde dann in der vorigen Woche ausgehängt, an welchem die Direktion „gestützt auf den Lohnausfall und die lange Pause, es den katholischen Arbeitern bei Strafe untersagte, am 6. d. M., am Epiphaniastage oder „Heiligen drei Königen“ zu feiern; gewiß ein Zeichen, daß die Religion nicht weiter als bis an den Geldbeutel geht, während man vor ungefähr zwei Jahren Apostel vom Eisen-Glitten-Werk in alle Welt gefandt hat, um mit dem Bettelstabe Geld für den Bau einer zweiten evangelischen Kirche in Thale einzutreiben.

Ein nicht unbedeutender Lohnabzug wurde auf der Anschlagerei vorgenommen. Es wurde vermindert der Anschlag auf Sohlhaken an Knänen und Löffeln von 1,00 Mark auf 95 Pf., an Nachtgeschirr von 1,00 Mark auf 80 Pf., an solche Löffeln mit flachen Genteln von 60 auf 50 Pf., von Esstrogern von 3,50 auf 3,00 Mark, Waschbecken von 1,50 auf 1,20 Mark, Leigschüsseln von 1,30 auf 1,20 Mark. Die Berechnung versteht sich pro 100 Stück; verdient wurden bis jetzt 25 bis 35 Pf. pro Stunde im Accord, ein Lohn, der gewiß als minimal bezeichnet werden kann. Der Unterschied ist darum im Verdienst so groß, weil hier noch eines der traurigsten aller Lohnsysteme herrscht. Es existieren hier vier Lohnklassen nach verschiedenem Alter und zwar: Die erste vom 14.—17. Jahre, die zweite vom 17.—19. Jahre, die dritte vom 19.—21. Jahre, die vierte vom 21. Jahre an. Erst dann hört die Minderjährigkeit auf, und giebt es von da ab erst den vollen Lohn, ein Verweis, wie herrliche Einrichtungen sich in diesem Eldorado befinden.

Um so mehr ist es Pflicht der Arbeiter, für Beseitigung der Missetände einzutreten. Nicht durch Meid und Zwittertracht untereinander, nicht durch Selbstsucht einer dem anderen gegenüber, nicht dadurch, daß der eine es fertig bringt, vielleicht 20 Pf. pro Tag mehr als der andere zu verdienen, ist etwas zu erreichen. Betretet alle den Weg, der bereits von vielen Curer Kollegen angebahnt wird, den der Organisation. Trete Mann für Mann in dieselbe; es ist einem jeden Gelegenheit geboten, den hier am Ort bestehenden Arbeiterorganisationen beizutreten, welche der modernen über 700 000 Mitglieder zählenden Arbeiterbewegung angehören.

Wir zweifeln nicht, daß ein solches Vorgehen von seiten der nächsten Vorgesetzten der Arbeiter, nämlich von seiten der Meister und Obermeister mit Freuden begrüßt und gefördert werden wird, da diese Herren doch ebenfalls ohne Ausnahme dem Werkmeister-Verbande angehören. Nicht nur der Eintritt in die Organisation ist erforderlich, sondern auch das Abonnement für unsere „Volksstimme“, die es im Gegensatz zu allen anderen hiesigen Zeitungen für ihre Pflicht hält, alle wirtschaftlichen Schäden und Mängel aufzudecken. —

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Fleischbeschauer Peters in Dorje Milow a. d. S. fand am 6. d. M. in einem 3 Centner schweren Schweine des Gastwirts Udermann Trichinen in großer Menge, die zum Teil verkapselt waren. — Der Rentner Sperling und seine Gattin in Sinlesleben feierten gestern die goldene Hochzeit. Beide Jubilare sind noch recht rüstig, wie bei Neuern selbstverständlich. — Durch ein größeres Schadenfeuer wurden Mittwochabend im benachbarten Orte Warnstedt die Scheunen und Stallungen des Wirtschaftshofes der Witwe Pönnemann eingestürzt. — Wegen Ausbruch einer Masernepidemie sind in Warnstedt die Schulen geschlossen worden. — In Elbingerode fand am Dienstag die Einweihung des neuen Krankenhauses statt. — In Ammendorf (Saalekreis) kam es am Mittwoch bei einem Tanzvergügen zu einer wilden Schlägerei, bei welcher ein gewisser Kahlau dem verheirateten Drechsler mehrere Stiche versetzte. Der Altentäter wurde von den anderen Anwesenden so geprügelt, daß er schwer verletzt wurde, oder — wie gewisse Meldungen sagen — sogar starb. — Der Arbeiter Papieralla in Sandersdorf hatte am Mittwoch mit neun anderen Männern einen 15 Ctr. schweren Baumstamm zu transportieren. Er wurde von dem Stamme so unglücklich getroffen, daß er das Genick brach. — Die Gendarmerei verhaftete einen in der Seimfabrik Trebbichau beschäftigten

Arbeiter S., der aus Micheln stammt. Man vermutet, daß er derselbe ist, der bei Magdorz oder Babilz in a u b a n f a l l e auf weibliche Personen ausführte. — In der Nacht zum Mittwoch wurden in Utena aus einem mit Ruder beladenen Eisenbahnwagen, der auf dem S a f e n g e b i e t e stand, zwei Sad Ruder gestohlen. Für Ermittlung des Diebes hat die Direktion eine Belohnung von 100 Mark ausgesetzt. — Als erste Rate für den Neubau eines Gefängnisses in Stendal sind im neuen preussischen Etat 100 000 Mark vorgesehen. —

An die Parteigenossen des Kreises Wanzleben.

Parteigenossen! Auf Grund des § 56 der Landgemeinde-Ordnung wird in den nächsten Tagen in allen Landgemeinden auf ortstübliche Weise die Bekanntgabe erfolgen, in welchem Raume vom 15. bis 30. Januar die Gemeindegewählerrlisten ausliegen.

Da in mehreren Orten Erschwerungen zur Gemeindevertretung stattzufinden haben, machen wir schon jetzt mit dem Ersuchen darauf aufmerksam, überall die Wahlbewegung zu organisieren. Es ist deshalb Pflicht jedes Parteigenossen, der ein Einkommen von über 660 Mark verzeichnet, sich zu überzeugen, ob er auch in der Wählerliste steht, damit er am Tage der Wahl nicht rechtlos ist.

Die Parteigenossen von Groß-Otterleben und Umgegend seien besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins am Sonntag, den 18. d. M., stattfindet. Da in derselben die Aufstellung der zu wählenden Gemeindevertreter erfolgen soll, erwarten wir, daß die Genossen eifrig für den Besuch der Versammlung agitieren.

Julius Koch.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Ein Streik von Bantischlern ist, wie der Königsberger Volks-Zeitung mitgeteilt wird, in Danzig ausgebrochen. Es haben zwanzig Mann die Arbeit niedergelegt. — Wir sind überzeugt, daß die Firma keine Arbeitswilligen finden wird. —

Auf dem Vaterschachte in Bilsen ist wegen einer von der Direktion verfügten fünfprozentigen Lohnherabsetzung ein Streik ausgebrochen. —

Die Germania-Werft in Kiel hat bereits die Initiative zur Lohndrückerei ergriffen. Einigen von Hamburg zugereisten Schloßern hat sie schlanke einen Tageslohn von 2,80 Mark angeboten. Die Leute zogen es jedoch vor, auf dieses verlockende Angebot zu verzichten. Um einer Lohndrückerei von vornherein die Spitze abzubrechen, ist es Pflicht der Metallarbeiter allerorts, die Schiffbauer, Schlosser, sowie überhaupt die Metallarbeiter auf die Verhältnisse in Kiel hinzuweisen. —

Die Verlängerung des Vertrages im Berliner Maurergewerbe war in letzter Zeit Gegenstand der Verhandlungen in der Achtzehner-Kommission. Dieselben haben zu dem Resultat geführt, daß der seitherige Vertrag ohne wesentliche Änderungen auf ein Jahr verlängert werden soll. Insbesondere bleibt der bisherige Lohn bestehen. Eine große General-Versammlung rief gestern hierzu ihre Zustimmung. —

Die Polizeibelehrung überlegt. Bekanntlich hat die Polizei den Gewerkschaften geordnet, dieselben so zu organisieren, daß sie nur Preußen das Recht der Zusammenkünfte in Vereinen und Versammlungen zusprechen. Die Gewerkschaften weigerten sich, dieser seltsamen Anordnung nachzukommen. Statt nun in der üblichen Weise die Gewerkschaften wegen dieser Weigerung dem Strafrichter auszuliefern, schreibt ihnen die gutnütige Apenrader Polizei folgenden Schreibebrief:

In gegebener Veranlassung werden Sie hierdurch aufgefordert, innerhalb einer Woche ein Verzeichnis Ihrer Mitglieder, welches dem gegenwärtigen Stande entspricht, hierher einzuliefern, oder diejenigen Änderungen mitzuteilen, welche seit der letzten Einreichung der Liste durch Zu- oder Abgang entstanden und bisher nicht angezeigt worden sind.

Die Mitglieder sind mit ihren Vornamen und Standesangabe derart zu bezeichnen, daß eine Verwechslung mit anderen Personen möglichst ausgeschlossen ist.

In Zukunft sind alle Änderungen nach § 2 des Vereinsgesetzes binnen drei Tagen hierher pünktlich mitzuteilen.

Wahrscheinlich wird sich nun die Apenrader Polizei die Ausländer selbst in den Listen aussuchen und sie bitten, aus den Gewerkschaften auszutreten, die so schände auf das Vereinsgesetz pochten. —

Die Generalversammlung des Central-Verbandes der Maurer für Berlin hat sich gegen 6 Stimmen für die Verlängerung des bestehenden Vertrages mit der Unternehmerorganisation erklärt. —

Gerichts-Zeitung.

Gewerbegericht Magdeburg.
Sitzung vom 9. Januar 1902.

Der Arbeiter Conrad klagt gegen den Fabrikanten Schnakenburg auf Zahlung eines Restlohnes von 5,80 Mark. Der Vertreter des Beklagten giebt eine lange Abrechnung, wonach Kläger nur 1,38 Mark zu fordern hat. Die Parteien vergleichen sich auf 4 Mark. —

Der Arbeiter Ehrlich klagt gegen die Firma Bonholdt u. Komp. auf Zahlung einer 14tägigen Lohnentziehung. Durch eidliche Zeugenaussage ist festgestellt, daß dem Kläger ausdrücklich gesagt worden sei: „Wenn die Arbeit fertig ist, ist Feierabend.“ Kläger wird mit seiner Klage abgewiesen. —

Der Hausdiener Wustmann klagt gegen die Firma Girsch, Möbelfabrikant, auf Zahlung eines Restlohnes von 8 Mark. Diesen Betrag hat Beklagter einbehalten, weil Kläger, der gelernte Tischler ist, beim Beizen von Möbeln einen Klavierstuhl durch Besprühen beschädigt hat. Das Gewerbegericht ist der Meinung, da Kläger hauptsächlich als Hausdiener beschäftigt war, hätte Beklagter nicht den Betrag in der angegebenen Höhe in Abzug bringen dürfen. Die Parteien vergleichen sich auf 5 Mark, die Beklagter an den Kläger zu zahlen hat. —

Der Schriftfeger Morfch war am 30. Dezember aus- hilfsweise vom Buchdruckerbesitzer Schild angenommen

und nach ca. 4 1/2 Tagen wieder entlassen. Er verlangt noch für den 1. Januar laut Tarif 4,12 Mark. Beklagter giebt an, den Tarif nicht anerkennen zu können, er mithin keine Pflicht gehabt hätte, den Feiertag zu bezahlen. Das Gewerbegericht erkennt die Bezahlung des Feiertags bei auhalsmeiser Beschäftigung nicht an. Es ist der Ansicht, daß der Tarif der Buchdrucker eine Bezahlung der Feiertage vorsehe bei wenigstens vierwöchiger Beschäftigung. Kläger bestreitet das, zieht aber keine Klage zurück. —

Vereine und Versammlungen.

Sozialdemokratischer Verein, Bezirk Neue Neustadt. Befehnd am Montag, den 13. Januar, im kleinen Saale des „Weißen Hirsches“.

Deutscher Holzarbeiterverband, Verwaltung Magdeburg. Versammlungen finden statt: Sonntags, den 11. Januar, abends 8 Uhr: Bezirk Dudaum in „Thalassaal“, Dorothienstraße 14. Bezirk Dibenstedt bei Schinke. Sektion der Steilmacher im „Bürgerhaus“, Stephansbrücke. — Montag, den 13. Januar, abends 8 Uhr: Bezirk Sudenburg in der „Berbster Vierhalle“, Schöningerstraße 28.

Wanzleben. Am Sonntag, den 12. Januar 1902, nachm. 3 Uhr, findet im Schraderschen Saale die regelmäßige Mitglieder-Versammlung des Bezirks Wanzleben des Sozialdemokratischen Vereins des Kreises Neuhaldensleben-Wolmirstedt statt. Da wichtige Angelegenheiten zu beraten sind, wird um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht. Gäste haben Zutritt. —

Sonntags, 11. Januar.

Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter. General-Versammlung. Wichtige Tagesordnung. Arbeiter-Turnverein Neustadt. Generalversammlung abends 8 Uhr im „Weißen Hirsches“, Friedrichsplatz 2.

Alte Neustädter Athletenklub „Eiche“. Jeden Dienstag und Sonntag abends 8 Uhr Übungsstunde bei W. Darius, Molkenstraße 28.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter, Filiale Sudenburg. Zahlabend jeden Sonntag abends 8—10 Uhr im „Deutschen Hof“, Witzschstraße 16.

Athletenklub Einigkeit, Alte Neustadt. Jeden Sonntag Übungsstunde bei Georg Winter.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter, Filiale Wilhelmstadt. Jeden Sonntag Zahlabend im „Wilhelmstädter Hof“.

Central-Krankenkasse der Buchbinder. Jeden Sonntag Zahlabend im „Neustädter Hof“, Jakobstraße.

Central-Krankenkasse und Sterbefälle der Zimmerer. Jeden Sonntag abends 8 Uhr Zahlabend im „Schoppen“, Roggenstr. 73.

Kranken-Unterstützungs- und Begräbnis-Verein der Schmiede, Filiale Magdeburg. Jeden Sonntag abends 8—9 Uhr Zahlabend in der „Burgstraße“, Tischlerstr. 28.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter, Filiale Neue Neustadt. Zahlabend bei Fr. Graf, Leopoldstraße 18.

Central-Krankenkasse und Sterbefälle der Wagenbauer, Filiale Alte Neustadt. Zahlabend bei Seemann, Dittenberg- und Weinbergstraßen-Ecke.

Wanzleben. Verband der Zimmerer. Jeden Sonntag nach dem 1. jeden Monats Mitglieder-Versammlung.

Wanzleben. Verband der Maurer. Jeden Sonntag nach dem 1. jeden Monats Versammlung.

Leimbörf. Männer-Turnverein. Jeden Mittwoch und Sonntag abends von 8—10 Uhr Übungsstunde.

Wenedenbeck. Athleten-Club. Jeden Mittwoch und Sonntag abends 8 Uhr Übungsstunde bei Hoppe, Wenedenbeck.

Diezdorf. Athletenklub „Falle“. Jeden Mittwoch und Sonntag abends von 8—10 Uhr Übungsstunde bei Hilbebrandt.

Kie d e r n d o d e l e b e n. Arbeiter-Turnverein „Freiheit“. Jeden Dienstag und Sonntag Übungsstunde bei Gustav Hornemann.

Kie d e r n d o d e l e b e n. Arbeiter-Gesangverein. 2. Sonntag Übungsstunde beim Gastwirt Hornemann. Gesangslustige Freunde sind willkommen.

Neuhaldensleben. Turnverein Jahn. Jeden Mittwoch und Sonntag abends 8 Uhr Turnstunde im „Dianabad“.

Sonntag, 12. Januar:

Verband der Steinbeher und verw. Berufsgenossen, Filiale Magdeburg. Mitglieder-Versammlung nachm. 3 1/2 Uhr bei Brautisch Faschberg.

Briefkasten.

A. B. 50. 1. Leider sind Sie berechtigt, die Bestrafung Ihrer Frau wegen Ehebruchs zu verlangen. Der Ehebruch ist nach Ihren Angaben vor 2 Jahren passiert. Da Ehebruch erst nach 5 Jahren verjährt, können Sie Strafantrag stellen, obwohl Sie mit Ihrer Frau seit drei Jahren nicht mehr zusammenleben. Der Strafantrag ist erst nach Eheauflösung zulässig. Wird derselbe nur gegen den Mann gestellt, so muß auch die Frau mitbestraft werden und umgekehrt. Im übrigen finden wir es wenig ebel, einen solchen Strafantrag zu stellen.

2. Den Aufenthalt eines Menschen können Sie nur durch die Polizei erfassen. Wenn diese denselben nicht herausbekommt, wird er kaum zu erfassen sein. Am Ende ist Ihre Frau schon tot, so daß sich schon aus diesem Grunde die Miße des Strafantrages ergibt. —

F. B. Harsleben. Durch die Post bezogen, kostet die „Volksstimme“ bis 1. April d. J. 2,50 Mark pro Vierteljahr. Wenn Sie sich die Zeitung vom 1. April bei den dortigen Postanstalten abholen, kostet dieselbe Ihnen nur 2,25 Mark. —

S. L., hier. Der jetzt von uns abgedruckte Roman „Eve Siebed“ von B. v. Suttner kostet im Buchhandel 6 Mark. —

Schinkel, Thale. Bitte bei Korrespondenzen stets nur eine Seite zu beschreiben. — Bis 9 Uhr morgens dürfen am Sonntag Zeitungen ausgetragen werden. —

Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null			
Iser, Elbe, Moskau.			
Fingbunzlan . . .	8. Jan. + 0,39	9. Jan. + 0,75	— 0,36
Laun	„ + 1,43	„ + 2,50	— 1,07
Budweis	„ + 0,68	„ + 0,58	— 0,10
Prag	„ + 1,19	„ + 1,15	— 0,04
Moskau.			
Deffau	8. Jan. + 1,72	9. Jan. + 2,20	— 0,48
Muldorf	„	„	„
Elbe.			
Barzdubitz	7. Jan. + 1,50	8. Jan. + 1,44	— 0,06
Brandeis	„ + 1,40	„ + 1,86	— 0,16
Melnitz	„ + 1,40	„ + 0,36	— 0,04
Leitmeritz	„ + 1,23	„ + 1,28	— 0,05
Wüstitz	8. „ + 1,95	9. „ + 2,18	— 0,23
Dresden	„ + 0,62	„ + 0,73	— 0,11
Zorgau	„ + 3,18	„ + 3,10	— 0,08
Wittenberg	„ + 3,50	„ + 3,63	— 0,13
Roßlau	„ + 3,07	„ + 3,34	— 0,27
Barby	„ + 3,54	„ + 3,72	— 0,18
Schönebeck	„ + 3,17	„ + 3,31	— 0,14
Magdeburg	9. „ + 3,05	10. „ + 3,20	— 0,15
Taugemünde	8. „ + 3,70	9. „ + 3,80	— 0,10
Wittenberge	„ + 3,04	„ + 3,20	— 0,16
Dömitz, Pegel	„ + 2,25	„ + 2,39	— 0,14
Saatenburg	„ + 2,28	„ + 2,37	— 0,09

206. Königlich Preussische Klassenlotterie.

1. Klasse. 1. Ziehungstag, 9. Januar 1902. Vormittag. Nur die Gewinne über 60 Mk. sind in Klammern beigefügt.

Table of lottery results for the 206th Prussian Class Lottery, 1st Class, 9th January 1902, Morning. Lists numbers and corresponding prizes.

206. Königlich Preussische Klassenlotterie.

1. Klasse. 1. Ziehungstag, 9. Januar 1902. Nachmittag. Nur die Gewinne über 60 Mk. sind in Klammern beigefügt.

Table of lottery results for the 206th Prussian Class Lottery, 1st Class, 9th January 1902, Afternoon. Lists numbers and corresponding prizes.

Advertisement for Holzmann's Parquet Floor. Includes a logo with a rooster and text: 'Holzmachers Parquetbohle', 'Fabrikanten Holzmann & Patten', 'Magdeburg', 'Preisgekröntes Fabrikat zum Bohren von Parquetböden...'.

Advertisement for 'Wachstuch-Reste' (Wax Cloth Remnants). Text: 'Die im Laufe des Jahres in den Fabriken angefallenen Wachstuch-Reste... sind mit zum Verkauf überwiegen worden...'.

Advertisement for 'Schleeder - Ausschnitt' (Sledging - Selection). Text: 'Sowie sämtliche Schuhmacher-Bedarfs-Artikel zu den billigsten Preisen empfiehlt Joseph Kullmann'.

Advertisement for 'Auktionshaus' (Auction House). Text: 'Gr. Marktstr. 16. Täglich Verkauf von großen Posten Herren-, Damen- und Kinder-Schuhen...'.

Advertisement for 'Stadtsamt' (City Office). Text: 'Magdeburg, 9. Januar. Aufgebote: Kassierer Wilh. Lehmann mit Margarete Dorn hier...'.

Advertisement for 'Neustadt, 9. Januar'. Text: 'Aufgebote: Fabrikant Friedr. Jochims mit Wilh. Maria Frieda Jochims...'.

Advertisement for 'Neustadt, 9. Januar'. Text: 'Aufgebote: Kammacher Otto Gappach mit Anna Herzog. Geburten: S. des Arbeiters Gustav Pollin...'.

Advertisement for 'Leder-Ausschnitt' (Leather Selection) and 'Müller's Sarggeschäft' (Coffin Business). Text: 'Leder-Ausschnitt 1461. Müller's Sarggeschäft Sudenburg, Friedenstr. 3'.

Einer sage es dem andern!

Wegen vollständiger Auflösung unserer hiesigen Filiale

Total-Ausverkauf

unserer anerkannt bewährten

Schuhwaren

teils bis zu

40 Prozent 40

Ermässigung.

1891

Schuhfabrik

O. Wetzel & Co.

69/70 Breiteweg 69/70

neben der Fontaine

gegenüber Café Hohenzollern.

Die Neue Welt von 1901

kann zum Einbinden bei uns abgeliefert werden.

Buchhandlung Volksstimme.

Schuhwaren!

Billig! Billig! Herren- u. Damenstiefel, Stiefel...

Fait neue Waschmaschine, Kinderwagen, Kinder-Sportwagen...

Gänsepfotefleisch nur bei Vorzeigung dieser Annonce...

Kaufhaus Sudenburg

Breiteweg 30 c

Total-Ausverkauf

Wer viel Geld beim Einkauf verdienen will besitze sich, Kleiderstoffe, Leinen...

Die Zeit ist kurz und die günstige Gelegenheit kehrt nie wieder.

Kein Ausverkauf!

billige Preise und gute Waren!

Helle Herren-Barchenthemden, Kappnähte, Stück 1.00 Mk. Normal-Herrenhemden, haltbare Qualität...

Kopfschawls in neuen gestreiften Farbenstellungen, v. 98 Pf. an. Lamastücher in allen Größen, von 68 Pf. an.

Richard Neumann, Buckau

Erstes Warenhaus am Platze.

1830

Vertikows

einzelne mit 5 Mark Anzahlung und wöchentlich 1 Mark Abzahlung. Hermann Liebau

Fleisch-Offerte.

Offertiere heute, Freitag, sowie Sonnabend in vorzüglichster, frischer Ware: ff. Kalbfleisch, ff. Schweinefleisch, ff. Rindfleisch, ff. Hammelfleisch

Richard Bosse

Butterbilliger

Ulterfeinste 1835 Tafel-Butter im Stück u. 5 Prozent Ausst. Pfd. 1.20

Schuhwaren-Handlung Max Maart

Neue Neustadt, Breiteweg 105

Städt-Theater

Stadt-Park Schönebeck

Cirkus Variété

Ernst Bremer

Prima Buchhagen

Kranken- u. Sterbekasse

Generalversammlung

Generalversammlung

Generalversammlung

Generalversammlung

Generalversammlung

Generalversammlung

Generalversammlung

Generalversammlung

Stadt-Park Schönebeck

Sonnabend, den 18. Januar 1902

abends 8 Uhr



Gr. Narren-Abend

verbunden mit

Fasching-Konzert

und Ball

ausgeführt durch den

Gesangverein Sängerschaft

Das Auftreten der Narren-Komiker wird zur allgemeinen Heiterkeit beitragen.

10 wertvolle Gegenstände.

Jeder erhält beim Eintritt ein Los gratis.

Eintritt à Person 25 Pfg.

Karten im Vorverkauf à 20 Pfg. sind zu haben bei sämtlichen Mitgliedern...

Wer einem heiteren, genussreichen Abend beizuhocken will, der veräume nicht, diesen Narren-Abend mit Faschings-Konzert zu besuchen.

Das Komitee.

Walhalla.

Um 1/10 Uhr: Auftreten der Louisiana Amazon Guard

Em. Kurtze

Abscherleben 1768 Mollke-Platz im „Waher. Hof“

W. Korte, Halberstadt

Roßschlachtere

Restaurations u. Speisewirtschaft

Burg.

Maschinen-Garderobe

Ernst Bremer

Prima Buchhagen

Kranken- u. Sterbekasse

Generalversammlung

Generalversammlung

Generalversammlung

Generalversammlung

Generalversammlung

Generalversammlung

Generalversammlung

Generalversammlung

Generalversammlung

Generalversammlung

Generalversammlung

Generalversammlung

Generalversammlung

Generalversammlung

Generalversammlung

Generalversammlung